

VORWORT

Unter dem Motto: *Zukunftsvisionen für ein neues Europa* gelangte im März 1998 in Cardiff, Vereinigtes Königreich, die 8. Euro-FIET-Konferenz zur Durchführung. Es handelte sich um die repräsentativste Veranstaltung in der 26jährigen Geschichte der Euro-FIET, an der 600 Delegierte aus 132 Gewerkschaften in 35 Ländern teilnahmen.

Eines der vier Konferenzthemen war der ***Wirtschafts- und Währungsunion und ihren Auswirkungen auf Beschäftigung und Tarifverhandlungen*** gewidmet. Diese Veröffentlichung umfasst den Hintergrundbericht und die von der Konferenz in dieser Frage verabschiedete Strategie.

Zum Zeitpunkt der Konferenz bestätigte die Europäische Kommission, dass elf Nationen die Konvergenzkriterien erfüllen.

Die WWU wird die Wirtschaften Europas unter völlig neue Vorzeichen stellen, und wir befürchten, dass vor allem die Arbeitsplätze sowie die Sozial- und Wohlfahrtsausgaben der Regierungen dem Rotstift zum Opfer fallen werden.

Der Finanzsektor, in dem hohe Arbeitsplatzverluste erwartet werden, gibt diesbezüglich besonders zu Besorgnis Anlass, denn die Beschäftigung wird einerseits von den Kosten der Umstellung auf die neue Währung und andererseits vom Verlust des einträglichen Devisengeschäfts betroffen.

Die Euro-FIET-Task Force Zentralbanken hat ihre Vorschläge betreffend die Schaffung eines Konsultations- und Informationsforums dem Europäischen Währungsinstitut, das später von der Europäischen Zentralbank abgelöst wird, unterbreitet. Der Prozess des "Downsizing" hat die Zentralbanken bereits erfasst; die EZB wird sich maßgeblich auf alle Zentralbanken auswirken. Wir werden uns unablässig für die Schaffung und den Ausbau eines sozialen Dialogs einsetzen und betrachten die hartnäckige Weigerung des EWI, ein solches Forum zu bilden, als Provokation.

In der von der Konferenz verabschiedeten Strategie wird darauf hingewiesen, dass die Euro-FIET und ihre Mitgliedsorganisationen einen Rahmen für die Koordination von europäischen Tarifverhandlungen schaffen müssen.

Ich hoffe, dass dieser Bericht bei den Mitgliedsorganisationen zu regen Debatten Anlass geben wird.



Philip J. Jennings
Euro-FIET-Regionalsekretär

Wirtschafts- und Währungsunion

Auswirkungen auf Beschäftigung und Tarifverhandlungen

Euro-FIET-Strategien

1. Die Wirtschafts- und Währungsunion wird für die Bevölkerung Europas nur dann sinnvoll sein, wenn sie zu sozialen Fortschritten und Wohlstand führt. Sie muss u.a. folgende Ziele anstreben:
 - Schaffung von Voraussetzungen für Qualitäts-Vollbeschäftigung und Beschäftigungsmöglichkeiten für alle;
 - ein nachhaltiges Wirtschaftswachstum;
 - mehr Gleichheit;
 - eine sinnvolle soziale Partnerschaft und ein umfassender Sozialschutz.
2. Die Euro-FIET-Strategie in bezug auf die WWU ist Teil des globalen und regionalen Kampfes der Gewerkschaften für wirtschaftliche und soziale Gerechtigkeit in einer interdependenten Welt. Das FIET-Weltaktionsprogramm stellt die Forderungen der Mitgliedsorganisationen heraus und ist eine der Grundlagen für diese Kampagne.
3. Die Schaffung der WWU wird vom EGB und von der Euro-FIET mit Vorbehalt unterstützt. Entscheidend für diese Unterstützung ist die Verflechtung von Wirtschafts- und Währungspolitik und die Gewährleistung eines koordinierten europäischen Lösungsansatzes zur Verringerung der Arbeitslosigkeit. In der Wirtschaftspolitik, und insbesondere in der WWU, muss eine Schwerpunktverlagerung stattfinden, damit nicht nur die finanzielle Stabilität im Mittelpunkt steht, sondern auch die Förderung der wirtschaftlichen Wiederbelebung und die Schaffung von Beschäftigungsmöglichkeiten. Die Euro-FIET vertritt den Standpunkt, dass der Beschluss, die Einführung der einheitlichen Währung voranzutreiben, gleichzeitig mit Fortschritten in der Sozial- und Wirtschaftspolitik verbunden sein sollte, die auch eine Verringerung der Arbeitslosigkeit bewirken. Feierliche Erklärungen reichen nicht aus. Die Euro-FIET verlangt, dass die Arbeitslosenrate bis zum Jahr 2000 auf die Hälfte zurückgeht. Dies sollte das vorrangige Anliegen in der europäischen Wirtschafts- und Sozialpolitik sein.
4. Die Initiativen, mit denen die Mitgliedstaaten die Konvergenzkriterien des Vertrags von Maastricht zu erfüllen suchen, ohne dem herrschenden Wirtschaftsklima Rechnung zu tragen, hat die Wirtschaftskrise und Arbeitslosigkeit weiter verschlimmert.

Die WWU-Konvergenzkriterien müssen im Geist des Vertrags ausgelegt werden, was bedeutet, dass sie nicht als starre und mechanische Regeln durchzusetzen sind. Europa steht heute in ihrer schwersten Beschäftigungskrise der Nachkriegszeit. Den Befürchtungen, dass das Abkommen zur Schaffung eines Stabilitätspakts, begleitet von Geldstrafen, bedeutet, dass die auf Deflation ausgerichtete Geldpolitik auch nach Vollendung der WWU fortgeführt wird, muss mit der Einführung eines Wirtschaftskordinations-Pakts begegnet werden, der gewährleistet, dass auch für Arbeitsplätze, Wachstum und Kohäsion Konvergenzkriterien geschaffen und eingehalten werden. Die Europäische Zentralbank muss verpflichtet werden, in ihren Entscheidungen für die WWU die Folgen für die Beschäftigung zu berücksichtigen. Die Euro-FIET befürwortet die Bildung eines Wirtschaftskordinations-Pakts zur Förderung von beschäftigungs-, wachstums- und steuerpolitischen Maßnahmen, der zudem ein politisches Gegengewicht zur EZB darstellen kann.

5. Der Erfolg der Währungsunion wird von der Entwicklung der Wirtschaftsunion und von der sozialen Kohäsion abhängen. Der Binnenmarkt ist ein wichtiger Aspekt, aber nur ein Teil der Wirtschaftsunion. Es ist daher von entscheidender Bedeutung, dass eine europäische Beschäftigungsstrategie entwickelt und auf koordinierte Weise umgesetzt wird. Die Europäische Union hat sich mit ihrem Weißbuch für Wachstum, Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung eine Grundlage für diese Strategie gegeben. Sie besitzt auch das politische Mandat für eine Beschäftigungsstrategie in der Form der Schlussfolgerungen, die vom Europäischen Rat in Essen verabschiedet wurden, sowie der Entscheidungen der Regierungskonferenz von Amsterdam und insbesondere des den Vertrag ergänzenden neuen Kapitels über Beschäftigung. Diese Strategien müssen nun aber konkret umgesetzt werden. Die vorgeschlagenen gesamteuropäischen Infrastrukturprogramme müssen unverzüglich durchgeführt werden, damit neue Arbeitsplätze entstehen können und der Wissens- und Bildungsstand, das Qualifikationsniveau und die lebenslange berufliche Bildung verbessert werden, um die Produktivität in Europa anzukurbeln. Zur Erreichung dieses Ziels müssen die Landesregierungen zusätzliche Mittel bereitstellen.
6. Der Ministerrat, die Kommission, die Regierungen und die Sozialpartner müssen neue Anstrengungen zur Verbesserung des sozialen Dialogs, insbesondere als Mittel im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit, unternehmen. Der Vertrauenspakt, der vom Präsidenten der Kommission im Jahre 1996 vorgeschlagen wurde, war ein positiver Schritt, der bedauerlicherweise nicht in die Praxis umgesetzt werden konnte. Auf die beschäftigungs- und sozialpolitischen Beschlüsse der Regierungskonferenz von Amsterdam müssen nun unbedingt Taten folgen. Man sollte sich zudem überlegen, wie der soziale Dialog auf allen Ebenen in der Europäischen Union gestaltet werden soll, damit er wirksam zu der Verringerung der Arbeitslosigkeit beitragen kann. Aufgrund des zu erwartenden neuen Drucks, der auf die Arbeitsmärkte ausgeübt wird, ist es von entscheidender Bedeutung, dass in Europa angemessene Arbeitsnormen zur Anwendung kommen und die Grundrechte der Arbeitnehmer geschützt werden. Der Rat muss den Schwerpunkt erneut auf die Schaffung von Arbeitsplätzen und auf grundlegende Arbeitsnormen in Anlehnung an das Protokoll über die Sozialpolitik des Vertrags von Maastricht legen.

7. Die Reduktion und die Reorganisation der Arbeitszeit sind Schlüsselkomponenten einer erfolgreichen europäischen Beschäftigungsstrategie. Die Einführung einer wöchentlichen Arbeitszeit von 35 Stunden oder weniger ohne Lohneinbußen, ein verlängerter Jahresurlaub und andere Maßnahmen zur Verringerung der Jahres- oder Lebensarbeitszeit stellen ebenfalls wichtige Bestandteile dar.
8. Eine Reorganisation der Arbeit und der Arbeitszeit ohne Lohneinbußen, die von den Sozialpartnern auf tariflichem Wege verwirklicht wird, muss die zweckmässigste Methode zum Schutz bestehender und zur Schaffung neuer Arbeitsplätze beinhalten sowie die Lebens- und Arbeitsbedingungen innerbetrieblich und außerbetrieblich verbessern, d.h. auch auf die Harmonisierung von Familien- und Berufsleben und auf die allgemeine Verbesserung der Lebensqualität abzielen.
9. Zu den Aufgaben und Prioritäten der künftigen Europäischen Zentralbank sollten nicht nur die Preis- und Währungsstabilität sondern auch die Gewährleistung von Wirtschaftswachstum und Beschäftigungszielen gehören. Die Wirtschafts- und Währungspolitik der EZB darf nicht auf mechanische, unflexible Weise unter ausschliesslicher Bezugnahme auf die Konvergenzkriterien durchgeführt werden. Die EZB-Politik muss flexibel sein, damit sie auf wirtschaftliche Schocks reagieren und die Beschäftigung schützen und fördern kann. Die EZB sollte die im Unionsvertrag festgelegten grundlegenden Wirtschaftsziele unterstützen. Die EZB muss für ihre Tätigkeit auch den Landesregierungen und dem Europäischen Parlament gegenüber rechenschaftspflichtig gemacht werden.

Die Auswirkungen der WWU auf Euro-FIET-Sektoren

10. Die Arbeitgeber auf europäischer und einzelstaatlicher Ebene müssen unverzüglich den Dialog über die Auswirkungen der WWU auf alle relevanten Sektoren aufnehmen. Dazu sollte der Dialog über Fragen der Ausbildung, der Kosten, des Personalbestandes und der Auswirkungen auf die Geschäftstätigkeit, jedoch auch über die Folgen für die Beschäftigung im Kontext des allgemeinen Wandels in diesem Sektor gehören.
11. Alle Euro-FIET-Fachgruppen sollten im Zusammenhang mit der Einführung des Euro einen Aktionsplan aufstellen, der sich mit den Auswirkungen im betreffenden Sektor befasst. Auf einer gemeinsamen Tagung im Juni 1997 verabschiedeten die Euro-FIET-Fachgruppen Banken und Versicherungen ein 10-Punkte-Programm, in dem die Euro-FIET-Mitgliedsorganisationen vermehrte Konsultationen über Beschäftigungsfragen verlangen, namentlich in bezug auf den EURO, und Garantien für den Beschäftigungsschutz und die Umschulung von Arbeitnehmern, deren Arbeitsplätze nach der Einführung der einheitlichen Währung verschwinden (siehe Anhang).
12. Die Euro-FIET ist der Meinung, dass weitere Untersuchungen notwendig sind, um die mit der Einführung der einheitlichen Währung verbundene zusätzliche Belastung

der Angestellten in den Sektoren Finanzen und Handel zu ermitteln. Ferner muss auch die Fähigkeit der Arbeitgeber, die anfallende Arbeit mit dem gegenwärtigen Personalbestand zu bewältigen, geprüft werden.

13. Von den Arbeitgebern sollten Garantien verlangt werden, dass die Mitarbeiter ausreichend geschult und in genügender Zahl beschäftigt werden, und dass sie die für eine möglichst reibungslose Einführung der einheitlichen Währung erforderlichen technischen Mittel erhalten.
14. Im Hinblick auf die einheitliche Währung und die andauernde Umstrukturierung müssen Fusionen und Übernahmen im Finanzsektor unverzüglich zum Gegenstand von Untersuchungen gemacht werden. Dazu gehört auch eine Überarbeitung der bestehenden europäischen und einzelstaatlichen Fusions- und Übernahmeregelungen, um sicherzustellen, dass den sozialen und beschäftigungspolitischen Auswirkungen sowie den Folgen für die Kunden und für die Gemeinschaft ganz allgemein gebührend Rechnung getragen wird.
15. Die WWU muss auch eine soziale Dimension umfassen. Die europäischen Zentralbanken und die europäischen Regierungsbeamten müssen das legitime Recht der Gewerkschaften auf Information, Konsultation und Verhandlungen über den Wandel, der sich im System der Zentralbanken vollzieht, anerkennen.
16. Die Euro-FIET ist der Auffassung, dass die Einführung der einheitlichen Währung und der dritten Phase der WWU von der Einrichtung eines sozialen Dialogs zwischen den Zentralbank-Arbeitgebern und ihren Mitarbeitern begleitet sein muss. Ein solcher Dialog sollte gemäß den Bestimmungen und im Geiste des Vertrags von Maastricht und der vor kurzem verabschiedeten europäischen Richtlinie über die Schaffung von Informations- und Konsultationsgremien in europäischen multinationalen Unternehmen anerkannt werden.
17. Die Einführung einer einheitlichen Währung wird nicht nur für Beschäftigte im Finanzsektor sondern auch in den anderen Wirtschaftszweigen nachhaltige Auswirkungen haben. Das gleichzeitige Fortbestehen von nationalen Währungen und dem EURO während einer Periode von drei Jahren wird das Rechnungswesen und die Finanzkontrolle in allen Unternehmen im Einzugsgebiet der einheitlichen Währung beeinflussen. Es sollten Vereinbarungen zwischen Gewerkschaften und Arbeitgebern getroffen werden, um sicherzustellen, dass die mit der einheitlichen Währung verbundenen zusätzlichen Kosten für die Unternehmen nicht zu einem Verlust von Arbeitsplätzen oder zu einer Preiserhöhung führen. Die Euro-FIET betont, dass die Einführung des Euro unter keinen Umständen zu einer Verringerung der Löhne der einzelnen Arbeitnehmer führen darf. Regierungen und Arbeitgeber müssen die Gewähr erbringen, dass die Arbeitnehmer bei der Umstellung von den Landeswährungen auf den Euro - namentlich in der Zeit, in der die Währungen parallel geführt werden - nicht benachteiligt werden.

18. Die Euro-FIET betrachtet weitere Gespräche zwischen der Kommission und den Sozialpartnern zur Ermittlung möglicher Probleme im Zusammenhang mit der Konversion von Arbeitsverträgen und zur Festlegung wirksamer Verfahren zur Durchführung dieser Konversion als unerlässlich.
19. Die Folgen und zusätzlichen Kosten paralleler Währungen werden im Einzelhandel besonders stark spürbar sein. Es müssen daher sehr sorgfältige Vorbereitungen im Hinblick auf diese Umstellung getroffen werden, wobei vor allem die Beschäftigungsfolgen zu berücksichtigen sind, und es müssen Abkommen ausgehandelt werden, um die Beschäftigungssicherheit aufrechtzuerhalten.

Die Auswirkungen einer einheitlichen Währung auf die Tarifverhandlungen

20. Mit der Schaffung einer einheitlichen Währung werden wachsende Spannungen innerhalb der einzelnen Wirtschaftszonen einhergehen, da die Preise dort in einer einzigen Rechnungseinheit denominated werden, während die Steuern und Sozialversicherungsbeiträge weiterhin auf die einzelnen Länder beschränkt sind. Es könnte vermehrte Spannungen zwischen den verschiedenen Tarifverhandlungsebenen geben, wobei der Strukturwandel heute schon zur Folge hat, dass die Verhandlungen auf die Betriebsebene hinunter verlagert werden. Die Euro-FIET akzeptiert nicht, dass die einheitliche Währung, die von einer Geldpolitik gestützt wird, für die die Europäische Zentralbank verantwortlich sein wird und die die allgemeine Situation im Gebiet der einheitlichen Währung berücksichtigt, bedeuten soll, dass die wirtschaftliche Anpassung nur über eine Arbeitsmarktflexibilisierung und die Senkung des Beschäftigungs- und Lohnniveaus erfolgt. Eine solche Politik würde die Tarifverhandlungen einem nicht akzeptablen Druck aussetzen und die Gefahr einer Verringerung des Sozialschutzes und eines Abbaus fairer Arbeitsnormen in Europa erhöhen. Negative Formen der Flexibilisierung und Deregulierung - wie zum Beispiel Abbau des Beschäftigungsschutzes und Lohn- und Leistungskürzungen - tragen in keiner Weise zu einer quantitativen und qualitativen Verbesserung der Beschäftigungslage bei, sondern sie leisten vielmehr der Unsicherheit und Ausbeutung Vorschub. Durch eine sozialverträgliche Steuerpolitik sollte zusätzlicher Raum für die Entwicklung von Fördermaßnahmen geschaffen werden.
21. Ein soziales Europa, das auf angemessenen Arbeitsnormen beruht, die über die Gesetzgebung und über Tarifverhandlungen eingeführt werden, ist von entscheidender Bedeutung.
22. Die Unterschiede bei den Lebens- und Arbeitsbedingungen stellen heute ein echtes Problem dar. Dies war auch in der Vergangenheit in den Ländern der Fall, in denen Sozialschutz- und Tarifverhandlungssysteme auf der Grundlage von unterschiedlichen örtlichen Bedingungen aufgebaut wurden. Dieses Problem darf die Gewerkschaften nicht von ihrem Ziel abhalten, weiterhin auf sozialen Fortschritt für alle Arbeitnehmer Europas hinzuwirken. Der Weg, der zu einem europäischen

System kollektiver Arbeitsbeziehungen führt, wird zweifellos lang sein, was uns jedoch nicht daran hindern soll, ihn unverzüglich aufzunehmen.

23. Die Gewerkschaften müssen ihre Anstrengungen verstärken, um zu erreichen, dass in Europa bessere Arbeitsnormen zur Anwendung gelangen und die Grundrechte der Arbeitnehmer geschützt werden. Die Euro-FIET hat dabei eine wichtige Funktion und muss deshalb finanziell und personell gestärkt werden. Jede Form von Lohndumping und eines ruinösen Wettbewerbs um Arbeitsplätze muss verhindert werden. Dieses wird nur gelingen, wenn sich die Gewerkschaften mit Hilfe und Unterstützung der Euro-FIET auch tatsächlich zu solidarischem Handeln entscheiden.
24. Außerdem hat der freie Kapitalverkehr kombiniert mit der auf Gemeinschaftsebene mangelnden Harmonisierung der Steuerpolitik einen Steuerwettbewerb und fiskalpolitisches Dumping zwischen den Mitgliedstaaten zur Folge. Selbst wenn nationale Steuergesetze eingehalten werden müssen, ist die Einführung allgemeiner Bestimmungen betreffend Kapitalertragssteuern und Gesellschaftssteuern unerlässlich. Ferner muss ein Informationsaustausch zwischen den Ländern bezüglich des Kapitalertrags gewährleistet werden, damit Steuerhinterziehung, Spekulationen und Geldwäsche über illegale Tätigkeiten verhindert werden können.
25. Vor diesem Hintergrund ist es für die Euro-FIET unumgänglich, eng mit den angeschlossenen Gewerkschaften im europäischen Währungsraum zusammenzuarbeiten und zudem eine gemeinsame Gewerkschaftsstrategie zu entwickeln. Die Globalisierung der Weltwirtschaft und die einheitliche Währung verlangen von den der FIET, der Euro-FIET und dem EGB angeschlossenen Gewerkschaften die Entwicklung besser koordinierter Verhandlungsstrategien. Mittel- und langfristig müssen die Bestimmungen zum Schutz der Arbeitnehmer und ihr Recht auf Mitwirkung am Entscheidungsprozess im sozialen Bereich über die jeweiligen Landesgrenzen gelten. Die Euro-FIET sollte namentlich auf Sektorebene prüfen, inwieweit die einheitliche Währung die Tarifverhandlungen beeinträchtigen könnte und welche Möglichkeiten für eine Koordinierung von Verhandlungsstrategien bestehen, die den Währungsraum überschreiten. Außerdem sollte die Euro-FIET nach Wegen suchen, um die Erfassung und Verteilung relevanter vergleichender Statistiken und Wirtschaftsinformationen in den Bereichen Lohnkosten, Produktivität und Inflation zu verbessern. Wir werden für Europa eine Tarifverhandlungsstrategie brauchen, die die Schaffung europäischer Sozialnormen gewährleistet. In diesem Zusammenhang müssen die Euro-FIET-Strukturen sowohl auf der Ebene des Vorstandes als auch der Fachgruppen eine wichtige Rolle spielen. Die Euro-FIET wird einen Rahmen, spezifische Ziele sowie Themen und Verfahren für die Koordinierung der Verhandlungsstrategie ihrer Mitgliedsorganisationen ausarbeiten.

Diese Koordinierungsanstrengungen werden mindestens drei Themen umfassen:

- Gehälter;
- (durchschnittliche) Arbeitszeit (Wochen- und Lebensarbeitszeit);
- Ausbildung und Weiterbildung.

In der Praxis wird sich diese Koordinierung im wesentlichen auf die Fachgruppenebene und auf die Ebene der multinationalen Unternehmen beziehen, wobei jedoch die Möglichkeit einer Erweiterung der oben vorgeschlagenen Themen besteht.

26. Die einheitliche Währung wird zudem die Folgen des Strukturwandels verstärken und die Wettbewerbspolitik im Einheitswährungsraum in den Vordergrund rücken. Die Euro-FIET und ihre Mitgliedsorganisationen müssen auf nationaler und auf europäischer Ebene voll in die Diskussion über alle Aspekte der Wirtschaftspolitik, einschließlich der Industriepolitik, der Steuerharmonisierung, der strukturellen Veränderungen und der Wettbewerbspolitik einbezogen werden. Es ist wichtig, dass diesen Fragen auf der Tagesordnung des sektoralen sozialen Dialogs auf europäischer Ebene die notwendige Beachtung geschenkt wird.

10-Punkte-EURO-Programm der Euro-FIET

1. Beschäftigung

Die Fachgruppen Banken und Versicherungen rufen die Sozialpartner auf, sich dafür einzusetzen, dass die Einführung des EURO keinen Verlust von Arbeitsplätzen zur Folge hat.

2. Schulung und Umschulung

Die Arbeitgeber dieser Branche müssen umfassende Schulungs- und Umschulungsprogramme auf den Weg zu bringen, um sicherzustellen,

- dass die Arbeitnehmer über die nach der Einführung des EURO erforderlichen Fertigkeiten und Kenntnisse verfügen;
- dass die Arbeitnehmer, deren Arbeitsplatz nach der Einführung des EURO entfällt, die für eine andere Beschäftigung notwendige Umschulung erhalten.

3. Sozialer Dialog

Die Fachgruppen Banken und Versicherungen verlangen von den Arbeitgebern, dass sie auf nationaler und auf europäischer Ebene unverzüglich einen sozialen Dialog einleiten, um alle Fragen im Zusammenhang mit der Einführung des EURO, einschliesslich Beschäftigungs- und Schulungsfragen, zur Sprache zu bringen.

4. Ministerrat

Die Euro-FIET sollte beim Ministerrat vorstellig werden und diesen zu einem Dialog über Beschäftigungsfragen im Lichte der vom Rat verfolgten Beschäftigungspolitik aufrufen. Im Rahmen dieses Dialogs sollte unverzüglich eine Untersuchung über Folgen im Bereich der Beschäftigung eingeleitet werden.

5. Europäische Kommission

Eine Delegation der beiden Fachgruppen sollte sich mit offiziellen Vertretern der Kommission, zu denen auch *Yves de Silguy* gehören muss, über Beschäftigungs- und Ausbildungsfragen beraten.

6. Europäisches Währungsinstitut

Die Euro-FIET sollte ihre Kampagne für einen uneingeschränkten sozialen Dialog mit dem Europäischen Währungsinstitut (und später mit der Europäischen Zentralbank) verstärken.

7. Europäisches Parlament

Die Euro-FIET sollte im Rahmen von regelmässigen Kontakten mit Mitgliedern des Europäischen Parlaments Fragen in diesem Gremium zur Sprache bringen.

8. Europäische Betriebsräte

Die Euro-FIET sollte Ressourcen entwickeln und mit den Europäischen Betriebsräten in der Branche zusammenarbeiten, um sicherzustellen, dass die Fragen im Zusammenhang mit der Einführung des EURO, und im besonderen auch die Vorhaben der Arbeitgeber, auf den EBR-Tagungen erörtert werden.

9. Zusammenarbeit der Fachgruppen

Die Vertreter der Fachgruppen Banken, Versicherungen und Handel sollten durch eine enge Zusammenarbeit ein abgestimmtes Vorgehen und einen umfassenden Informationsaustausch gewährleisten. Ferner sollten auch Vorbereitungen für die Organisation von Workshops für die drei Fachgruppen getroffen werden.

10. Massnahmen der Mitgliedsorganisationen

Die FIET-Mitgliedsorganisationen sollten ihr eigenes EURO-Aktionsprogramm erarbeiten, in dessen Mittelpunkt die Information und der Dialog mit der Regierung des Landes, der nationalen Zentralbank und mit Verbraucherguppen steht.

Informationen über diese Tätigkeiten sollten dem FIET-Sekretariat bekanntgegeben werden, das eine Veröffentlichung EURO-Watch ausarbeiten und zu Informationszwecken verbreiten wird.

Wirtschafts- und Währungsunion

Auswirkungen auf Beschäftigung und Tarifverhandlungen

Hintergrundbericht

Einleitung

Für viele Menschen in Europa ist die vollständige Verwirklichung der Wirtschafts- und Währungsunion der Schlüssel für ein integriertes, friedliches und wirtschaftlich erfolgreiches Europa.

Die (Wirtschafts- und) Währungsunion in Europa ist selbstverständlich nicht nur eine wirksame technische Vorrichtung zur Erreichung der Preisstabilität und zur Reduktion der Transaktionskosten. Bei der WWU handelt es sich in erster Linie um ein politisches Projekt, das darauf hinzielt, die wirtschaftliche und politische Integration, die ein fortschrittliches Stadium erreicht hat, irreversibel zu machen.

Dieses Stadium soll nach Abschluss der dritten Stufe der Währungsunion Ende 1999 erreicht sein. Zu diesem Zeitpunkt werden die europäische Einheitswährung, die als EURO bezeichnet wird, ebenso wie die Europäische Zentralbank (EZB) und das Europäische System der Zentralbanken (ESZB), offiziell eingeführt.

Auf dem Gipfeltreffen in Madrid vom Dezember 1995 wurde ein Zeitplan in drei Stufen festgelegt:

1. Stufe:

Die Staats- und Regierungschefs werden "möglichst früh" im Jahre 1998 entscheiden, welche Mitgliedstaaten die für die Einheitswährung notwendigen Bedingungen erfüllen.

2. Stufe:

Die Wirtschafts- und Währungsunion wird am 1. Januar 1999 eingeleitet mit der unwiderruflichen Fixierung der Wechselkurse für einen ersten Kreis von Teilnehmerstaaten (Landeswährungen gegenüber EURO).

Von diesem Zeitpunkt an werden die Europäische Zentralbank und das Europäische System der Zentralbanken, dem die Zentralbanken der Teilnehmerstaaten angehören, die Geld- und Währungspolitik in EURO führen. Sie werden dann ihre neuen staatlichen Schuldverschreibungen in EURO begeben.

3. Stufe:

Spätestens am 1. Januar 2002 werden Euro-Banknoten und -Münzen emittiert und neben den nationalen Scheinen und Münzen in Umlauf gebracht, wobei die letzteren jedoch spätestens nach weiteren 6 Monaten aus dem Verkehr gezogen sein müssen.

Bis spätestens Juli 2002 muss die Umstellung auf die Einheitswährung vollendet sein und der Status der nationalen Banknoten und Münzen als legale Zahlungsmittel aufgehoben werden.

Der zeitliche Ablauf kann wie folgt zusammengefasst werden:

Szenarium für den Übergang und Daten

Bis 1. Januar 1998	1. Januar 1998 1. Januar 1999	1. Januar 1999 1. Januar 2002 (spätestens)
<ul style="list-style-type: none"> - Das EWI wird das Instrumentarium in bezug auf die Regeln, die Organisation und das logistische System, das dem EZB die Wahrnehmung ihrer Aufgaben erlaubt, abgeschlossen haben (Stichtag 31. Dezember 1996). - Die Kommission, das EWI und der Rat werden Gesetze vorbereitet haben, die am 1.1.1999 in Kraft treten sollen, und die den Euro als eigenständige Währung bestätigen und die Tätigkeit der EZB einleiten werden (bis 31. Dezember 1996). - Die Kommission und das EWI werden die Gesetze der Mitgliedstaaten im Hinblick auf ihre Übereinstimmung mit den im Vertrag enthaltenen WWU-Anforderungen prüfen. 	<ul style="list-style-type: none"> - Der Europäische Rat (Staats- und Regierungschefs) legt möglichst früh im Jahre 1998 die Teilnehmerstaaten der WWU fest. - Staats- und Regierungschefs der WWU-Teilnehmerstaaten bestimmen den Vorstand der EZB und legen das Datum für die Einführung der Euro-Banknoten und Münzen fest. - EZB- und WWU-Teilnehmerstaaten beginnen mit der Emission von Euro-Banknoten und Münzen. - Endgültige Vorbereitungen für die Einführung der EZB und des ESZB, einschliesslich der Annahme der erforderlichen untergeordneten Gesetzgebung und der Prüfung des geldpolitischen Rahmens. 	<ul style="list-style-type: none"> - Am 1. Januar 1999 werden die Wechselkurse von den WWU-Teilnehmerstaaten unwiderruflich festgelegt und Gesetze eingeführt, die die Rechtsstellung des Euro bestätigen. - Ab 1. Januar 1999 wird die Geld- und Währungspolitik (in Euro) vom ESZB definiert und ausgeführt. Die WWU-Teilnehmer werden ihre neuen staatlichen Schuldverschreibungen in Euro begeben. - Am 1. Januar 2002 wird das ESZB Euro-Banknoten in Umlauf bringen und mit dem Rückzug der nationalen Banknoten beginnen, während die WWU-Mitgliedstaaten Euro-Münzen emittieren und die nationalen Münzen schrittweise aus dem Verkehr ziehen.

Die neu geschaffene Europäische Zentralbank wird als unabhängige Einrichtung tätig und für die Preisstabilität verantwortlich sein, indem sie die Geld- und Währungspolitik der Länder, die sich für den EURO entscheiden, überwacht.

Für die WWU und die Schaffung einer einheitlichen Währung werden sechs Hauptgründe vorgebracht:

- (1) Man hofft, über die Währungsunion und die Konvergenz finanzpolitischer und anderer wirtschaftspolitischer Massnahmen den freien internationalen Investitionskapitalverkehr mit stabilen, realistisch bewerteten und von Währungsrisiko befreiten Wechselkursen zu erleichtern. Ferner sollen die massiven spekulativen Kapitalbewegungen eingeschränkt werden. Diese Stabilität stellt eine wichtige Vorbedingung für die in Europa angestrebte Schaffung eines integrierten Binnenmarktes dar.
- (2) Die Währungsunion wird als eine notwendige Voraussetzung für die Schaffung eines Instrumentariums betrachtet, das einem unabhängigen europäischen Gremium mit europäischen Zielsetzungen erlaubt, eine koordinierte europäische Währungspolitik zu erarbeiten. Dieser Schritt wurde als unverzichtbar betrachtet, um sicherzustellen, dass die Wirtschaften in Europa nicht ausschliesslich der Geldpolitik der Bundesbank ausgeliefert sind, die seit Ende der 80er Jahre eine beherrschende Stellung in der europäischen Geldpolitik und auf den europäischen Finanzmärkten einnimmt.
- (3) Die Währungsunion wird die Transaktionskosten in Europa stark verringern, wodurch der Handel in Europa und der freie Güter-, Dienstleistungs- und Personenverkehr zwischen den einzelnen Ländern weiter gefördert wird.
- (4) Mit der Schaffung einer starken einheitlichen Währung soll Europa eine wirksamere Waffe im Wettbewerb gegen den US Dollar und den japanischen Yen auf den internationalen Geldmärkten erhalten.
- (5) Eine einheitliche Währung wird die Regierungen am Versuch hindern, einzelstaatliche Wirtschaftsprobleme auf dem Weg eines Währungs-Abwertungswettlaufs zu lösen.
- (6) Schliesslich soll die WWU zu der Förderung der Beschäftigung, des Wirtschaftswachstums und der Einkommen beitragen.

Aber auch die Gegner der WWU haben ihre Argumente:

- (1) Die WWU wird in Frage gestellt, weil sie mit einem Souveränitätsverlust gleichgesetzt wird. Die WWU fördert die Schaffung eines föderalistischen Europas, in dem die politischen Entscheidungen, namentlich in bezug auf die Geld- und Steuerpolitik, auf europäischer Ebene und nicht auf nationaler oder lokaler Ebene getroffen werden. Die Rolle und der Einfluss der verschiedenen Europäischen Einrichtungen, einschliesslich der Europäischen Zentralbank, des ECOFIN-Rates und der Kommission selbst werden massgeblich verstärkt. Diese Machtballung wird in Frage gestellt, denn sie erlaubt einer Elite, die niemandem Rechenschaft ablegen

muss, sich an begrenzten Wirtschafts- und Geldfragen zu orientieren, ohne allgemeine soziale Auswirkungen zu berücksichtigen.

- (2) Ferner beziehen sich die Bedenken hinsichtlich der WWU auch auf die Einschränkung der Möglichkeiten der Regierungen in den einzelnen Ländern, Wettbewerbsstrategien einzuführen, die für das Auslandsgeschäft attraktiv sind, zum Beispiel in der Form einer gezielten Unternehmensteuerepolitik. Die WWU-Gegner befürchten ferner, dass nach Abschluss der dritten Stufe in Europa weitere Versuche in Richtung auf eine Harmonisierung nach unten unternommen werden, namentlich in bezug auf die Steuerpolitik und den Stand des Sozialaufwandes. Während die Befürworter einer stärkeren Harmonisierung der Auffassung sind, dass solche Politiken gleiche Bedingungen für alle schaffen, machen die Gegner geltend, dass sie die gegenwärtige Wirtschafts- und Beschäftigungskrise in Europa weiter verschlimmern werden.
- (3) Die WWU wird auch deshalb scharf kritisiert, weil die Deregulierungs- und Abbaumassnahmen, die die Regierungen in Europa zur Zeit ergreifen, um die Konvergenzkriterien von Maastricht zu erfüllen, so viel Schaden anrichten, dass sie alle potentiellen Vorteile der WWU aufwiegen. Im Kreuzfeuer der Kritik stehen vor allem die Strategien, mit denen die gegenwärtig hohe Arbeitslosigkeit in ganz Europa, die geringen Wachstums- und Investitionsraten und die zunehmenden sozialen Unruhen bekämpft werden.
- (4) Schliesslich wird die WWU aufgrund ihrer Auswirkungen auf das Funktionieren der Arbeitsmärkte kritisiert. Dieser Punkt wird an anderer Stelle in diesem Dokument eingehender erläutert.

Die WWU wird von der Europäischen Gewerkschaftsbewegung befürwortet. Sie betrachtet die WWU als einen notwendigen Schritt zur Begrenzung der finanziellen Spekulation und der heftigen Preisschwankungen, um dadurch eine wirtschaftliche und politische Stabilität und Einheit in Europa zu gewährleisten. Der EGB und die Euro-FIET stehen jedoch der Vision einer WWU im Sinne des Vertrags von Maastricht, der sich nur mit monetären Aspekten und der angeblichen Konvergenz von Inflation und Defiziten befasst, äusserst kritisch gegenüber. Der EGB und die Euro-FIET verlangen jedoch eine Wirtschafts- und Währungsunion mit einer echten Konvergenz in bezug auf Arbeitsplätze, Wachstum und Kohäsion. Zu diesem Zweck haben die Gewerkschaften vorgeschlagen, den Vertrag durch ein Kapitel zur Beschäftigung zu ergänzen, um das Engagement für eine Vollbeschäftigung zu stärken. Ferner haben die Deregulierungs- und Abbaumassnahmen, die verschiedene europäische Regierungen im Hinblick auf die Erfüllung der WWU-Konvergenzkriterien durchführen, zu scharfen Protesten geführt.

Die Politiker und Bankiers, die über die Verwirklichung der Währungsunion entscheiden, haben sich bisher hauptsächlich auf die wirtschaftlichen und finanziellen Aspekte der WWU konzentriert. Bislang haben sie es jedoch unterlassen, Fragen betreffend die Beschäftigung und die Gewerkschaften auf gesamteuropäischer und auf sektorieller

Ebene anzusprechen. Bis zum Gipfeltreffen in Amsterdam zögerten die Europäische Kommission und das Europäische Währungsinstitut, Arbeitsmarktmaßnahmen die notwendige Bedeutung beizumessen und diese als Teil ihres Zuständigkeitsbereichs zu betrachten, trotz der gewaltigen Auswirkungen, die die WWU auf die Arbeitnehmer, die Arbeitsmärkte, die Beschäftigung und die Tarifverhandlungen haben werden. Dieses Papier stellt die wichtigsten Problembereiche im Zusammenhang mit diesen Fragen heraus.

Das Funktionieren der Arbeitsmärkte und der Tarifverhandlungen

Die WWU wird sich massgeblich auf das Funktionieren der europäischen Arbeitsmärkte auswirken.

Traditionsgemäss gibt es in einer Wirtschaft drei Bereiche, in denen Anpassungen vorgenommen werden können, um auf wirtschaftliche Schwankungen auf der Nachfrage- oder Angebotsseite zu reagieren:

- (1) Geldpolitische Veränderungen, z. B. durch Zinsanpassungen, Wechselkursanpassungen; Geldmengenregulierung, usw.
- (2) Steuerpolitische Veränderungen, einschliesslich der Veränderung der Höhe und / oder der Zusammensetzung der öffentlichen Ausgaben und der Steuersätze.
- (3) Arbeitsmarktanpassungen, die Veränderungen im Umfang, bzw. der Zusammensetzung der Beschäftigung sowie Veränderungen der Nominal- und/oder Reallohnsätze umfassen. Art, Umfang und Tempo der Anpassungen auf dem Arbeitsmarkt werden von der Marktflexibilität abhängen. Diese wiederum ist Funktion einer Vielzahl von Faktoren, zum Beispiel Umfang und Art der Gesetzesbestimmungen, der relative Einfluss der Sozialpartner, Art und Geltungsbereich der Tarifverhandlungen, Art und Umfang der Sozialkosten und die Mobilität der Arbeitnehmer.

In den letzten Jahren nahmen die meisten Regierungen ihre wirtschaftlichen Anpassungen über die Geldpolitik vor, und dies zum Schaden der Investitionspolitik. Dafür gibt es mehrere wesentliche Gründe, insbesondere das Vorherrschen einer neoliberalen Wirtschaftsdeologie, die mit der Vornahme von Änderungen in der Steuerpolitik und auf dem Arbeitsmarkt verbundenen politischen Schwierigkeiten, und dann auch das Tempo und die Effizienz solcher Anpassungen. Man geht davon aus, dass die Geldpolitik leichter umgesetzt werden kann und raschere Wirkungen zeitigt.

Die Anwendung dieser drei Instrumente der Wirtschaftspolitik wird mit der einheitlichen Währung jedoch unter neue Vorzeichen gestellt.

Für die Überwachung der Geldpolitik wird die neue regierungsunabhängige Europäische Zentralbank zuständig. Die EZB verfolgt eine Geld- und Kreditpolitik im Namen der Gesamtheit der EU-Länder. Welche Garantien bestehen aber, dass die EZB ihre Politik unter Berücksichtigung besonderer wirtschaftlicher Schwierigkeiten in einen oder anderen Land oder in einer Gruppe von Mitgliedstaaten gestalten wird?

Auch der Einsatz steuerpolitischer Massnahmen wird in der WWU stark eingeschränkt. Die europäischen Regierungen haben der Idee eines Stabilitätspakts, der erstmals im Jahre 1996 in Deutschland vorgeschlagen wurde, zugestimmt. Zweck dieses Pakts ist es, den Mitgliedstaaten eine Steuerdisziplin aufzuerlegen und sie dazu zu bringen, ihre

Volkswirtschaften noch lange nach der Einführung der einheitlichen Währung stets innerhalb der Grenzen der Maastrichter Konvergenzkriterien zu halten.

Auf dem Gipfel in Dublin im Dezember 1996 wurde dem Konzept eines Stabilitätspakts zugestimmt, allerdings in einer im Vergleich zum ursprünglichen Vorschlag Deutschlands abgeschwächten Form. Der Pakt verlangt zwar von den Regierungen weiterhin, dass sie ihre Wirtschaft innerhalb der Konvergenzkriterien halten, doch sieht die Vereinbarung von Dublin Ausnahmeregelungen für Länder vor, die wirtschaftliche Einbussen in einem bestimmten Umfang erleiden. Ferner einigte man sich auf Strafen für Länder, die die vereinbarten Kriterien nicht einhalten, die Bussen können bis zu 0,5% des BIP betragen. Diese Bussen bedürfen allerdings der Zustimmung des Ministerrats, ausschliesslich der Vertreter des von der Sanktion betroffenen Landes.

Nachdem die fiskal- und geldpolitischen Optionen entweder unmöglich sind oder stark eingeschränkt wurden, kommt nun dem Arbeitsmarkt eine grössere Bedeutung zu, wobei von diesem verlangt wird, dass er sich rasch an wirtschaftliche Schocks anpassen muss, indem Arbeitskräfte von Branche zu Branche und von Region zu Region verschoben werden, indem die Real- und Nominallohnsätze angepasst werden. Wenn die Arbeitskräfte nicht mobil und die Löhne nicht flexibel sind, wird sich die Anpassung auf den Beschäftigungsstand (= den Stand der Arbeitslosigkeit) auswirken.

In einem Bericht erklärte die amerikanische Kreditauskunftei Standard & Poors:

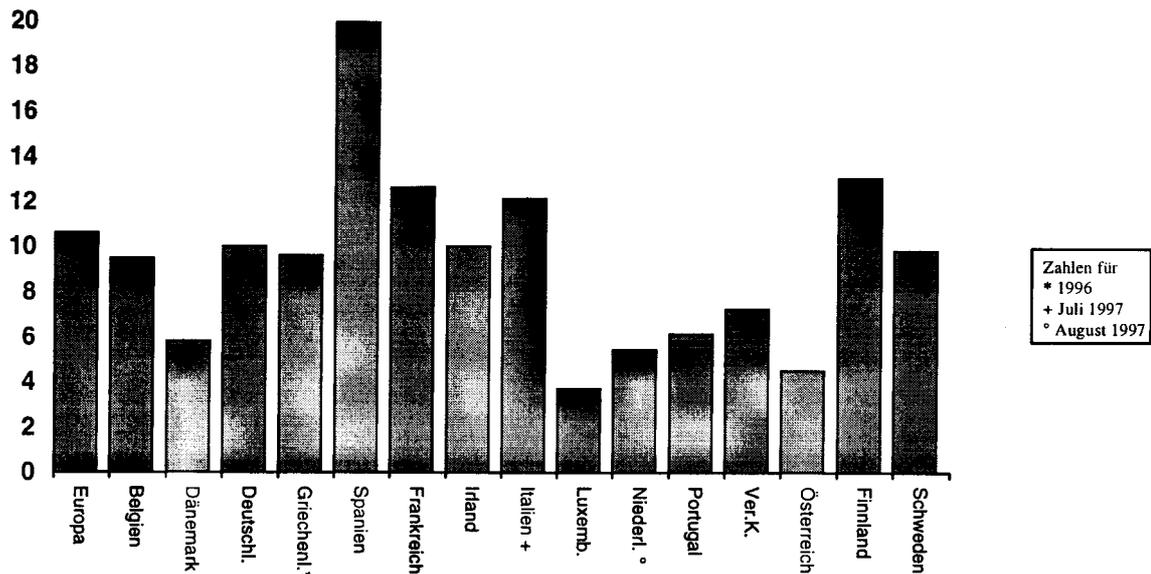
"Nach dem Verzicht der Regierungen, das Wechselkursmanagement als Werkzeug zum Auffangen von länderspezifischen Wirtschaftsschwankungen zu benutzen, bleibt nur noch die Steuerpolitik, die jedoch in Zeiten der Rezession ineffizient ist. Ausserdem würde ein streng durchgesetzter "Stabilitätspakt" die Flexibilität, die beim Einsatz dieses Instruments erforderlich ist, stark einschränken. In Ermangelung grosser fiskalischer Transfers innerhalb der WWU oder einer wesentlich grösseren Mobilität der Arbeitskräfte muss als direkte Folge mit umfassenden, andauernden Schwankungen in den nationalen Arbeitslosenzahlen gerechnet werden. "

Die Arbeitslosigkeit ist das grösste wirtschaftliche Problem, mit dem Europa heute konfrontiert ist. Die gegenwärtigen Arbeitslosenquoten sind auch aus internationaler Sicht ausgesprochen hoch, und es besteht wenig Aussicht auf eine dauerhafte rückläufige Entwicklung auf diesem Gebiet.

Arbeitslosenzahlen

September 1997

(Prozentsatz der Arbeitskräfte)



Source: Eurostat

Die Arbeitslosigkeit in Europa erscheint in einem noch bedenklicheren Licht, wenn folgende Faktoren berücksichtigt werden:

- die Erwerbsquote in Europa ist seit etwa zwanzig Jahren rückläufig, während sie sich in den Vereinigten Staaten und in Japan erhöhte;
- in Europa sind 20% der Arbeitnehmer unter 25 Jahren beschäftigungslos;
- der Anteil der Langzeitarbeitslosen bei den jungen Menschen nimmt ständig zu;
- der Anteil der Langzeitarbeitslosen ganz allgemein ist seit vier Jahren stets im Steigen begriffen. 50% der Betroffenen sind seit mehr als 12 Monaten ohne Arbeit. Die entsprechenden Werte für Japan liegen bei 18% und für die Vereinigten Staaten bei 10%.

Um zu vermeiden, dass die Arbeitslosigkeit zum wichtigsten Anpassungsfaktor wird, haben verschiedene Gruppen drei verschiedene Lösungsansätze vorgeschlagen:

- (1) Einrichtung eines Europäischen Bundesbudgets zur Finanzierung von grenzüberschreitenden Zahlungen an Länder, die sich in einer Wirtschaftskrise befinden.

- (2) Einführung von europaweiten Tarifverhandlungen zwischen den Sozialpartnern im Hinblick auf den Abschluss von Verträgen über Löhne und Sozialpolitik.
- (3) Deregulierung der europäischen Arbeitsmärkte.

1. Europäische Transferzahlungen

Die Möglichkeit eines europäischen öffentlichen Finanzierungssystems wurde zum erstenmal in dem von der Europäischen Kommission 1977 herausgegebenen MacDougall-Bericht geprüft. Darin heisst es:

"Die Wirtschafts- und Währungsintegration hat zur Folge, dass die Staaten ihre Kontrolle über Handel, Wechselkurse sowie Geld- und Steuerpolitik schrittweise verlieren...." und "Die Schwierigkeit für ein Land, das sich anderen Staaten in einem gemeinsamen Markt und einem gemeinsamen Währungssystem ohne ein entwickeltes zentrales System öffentlicher Finanzen anschliesst besteht darin, dass dieses Land genauso wie die Region eines Bundesstaates in einer entwickelten Volkswirtschaft nicht auf Handelsschranken und Währungsabwertungen zurückgreifen kann, wenn es sich zum Beispiel an eine sinkende Nachfrage nach seinen Exportgütern oder eine Erhöhung der Preise seiner Importgüter anpassen muss; und die eingebaute Stabilisierung, die sein System der öffentlichen Finanzen vorsieht, umfasst keine automatische Finanzierung von Einfuhrüberschüssen, die die Stabilisierung der Einkommen verursachen könnte."

Das mögliche Auftreten dieses Problems wurde erkannt; deshalb werden im Bericht Möglichkeiten der Schaffung eines europäischen Zentralfonds geprüft, zu dem alle Mitgliedstaaten Beiträge leisten würden und aus dem Länder, die sich in wirtschaftlichen Schwierigkeiten befinden, Transferzahlungen erhalten könnten. Diese Zahlungen würden von den Empfängerländern zur Ankurbelung der wirtschaftlichen Tätigkeit und für neue Investitionen benützt. Damit bleibt es den Ländern erspart, ihre Schwierigkeiten aus eigener Initiative zu überwinden, zum Beispiel, indem sie im wirtschaftlichen Bereich Wettbewerbsstrategien einführen, z.B. Steuern, Wechselkurse und Lohnanpassungsmassnahmen, mit dem Ziel, anderen Mitgliedstaaten Geschäfte abzuwerben.

Die Rolle, die das öffentliche Finanzierungssystem zur Förderung der wirtschaftlichen und sozialen Kohäsion spielen kann, wurde von MacDougall in einem Bericht jüngerer Datums erneut erwähnt, in dem er unter anderem eine eingehende Prüfung möglicher Mechanismen für eine substantiellere interregionale Umverteilung verlangte. Dabei gab MacDougall auch folgendes zu bedenken:

"Mit dem Versuch, die Währungsunion einzuführen, ohne das gegenwärtige Gemeinschaftsbudget wesentlich zu erhöhen, laufen wir Gefahr, das Rad der Integration in Europa zurückzudrehen, anstatt diese zu fördern."

Auch von anderer Seite wurde ein System des interregionalen Transfers unterstützt:

"Die wirksamste Lösung ist zweifellos die regionale Stabilisierung, die mit einem föderalistischen Budget erreicht wird. Das föderalistische Budget hat die Funktion eines Versicherungssystems gegen asymmetrische Schockwirkungen, weil es eine Verschuldung vermeidet und automatisch Steueraufkommen aus Wachstumsregionen in Gebiete mit rückläufiger Wirtschaftsentwicklung transferiert."

Pierre-Allain Muet

Interregionale Transfers werden in der EU zur Zeit auch über die bestehenden Strukturprogramme vorgenommen. Diese Programme sind jedoch nicht in erster Linie für Anpassungsprobleme bestimmt, sondern dienen vielmehr der Verbesserung der physischen Infrastruktur in den ärmeren Regionen der EU.

Die Idee einer Ausweitung der interregionalen Transfers als Weg zur Lösung von Anpassungsproblemen, die durch die Währungsunion hervorgerufen werden, stösst jedoch auf starken Widerstand.

Die Meinungen in bezug auf den Betrag, der in einem föderalistischen Budget enthalten sein müsste, sind zwar unterschiedlich, in jedem Fall aber ist dieser umfassend. MacDougall schätzte in seinem ursprünglichen Bericht, dass ein solches Budget Beiträge von den Mitgliedstaaten in der Höhe von 8% des BIP erforderlich machen würde. Unter Berücksichtigung des Umstandes, dass die EU-Beitragshöhe bei rund 1,3% des BIP der Mitgliedstaaten liegt, würde folglich eine massive Anhebung unumgänglich sein. Und dies werden die Regierungen der EU aus politischen und wirtschaftlichen Gründen mit grosser Wahrscheinlichkeit nicht in Betracht ziehen. Es wurden aber auch wesentlich bescheidenere Schätzungen in bezug auf die Rolle und die Kosten eines europäischen Budgets gemacht. Im Jahre 1993 schlug die Europäische Kommission in ihrem Vanheukelen-Bericht ein System vor, bei dem die Mitgliedstaaten in Funktion ihrer Arbeitslosenquoten, je nach dem, ob sie über oder unter dem EU-Durchschnitt liegen, Subventionen zahlen oder erhalten.

Wesentlich kritischer ist jedoch der politische und wirtschaftliche Widerstand gegen das Konzept des Transfers selbst. Die Regierungen und mit grosser Sicherheit auch die Stimmbürger der EU-Länder mit stärkeren Volkswirtschaften unterstützen Vorschläge nicht, die die Zuweisung eines wesentlichen Anteils des nationalen Steueraufkommens an einen föderalistischen Fonds vorsehen, um diese Mittel dann in anderen Ländern im Rahmen eines zentralisierten Systems von Sozial- und Arbeitslosenleistungen und Anpassungszahlen auszugeben.

"Ein gemeinsames Problem, das sich bei diesem Vorgehen stellt, ist der Umstand, dass die bürokratische Auswahl materieller Investitionsprogramme - häufig im Bereich öffentlicher Sektor-Infrastrukturprojekte - viel mehr auf der Grundlage von politischen als von wirtschaftlichen Erwägungen erfolgt."

Dies wird den Vereinigten Staaten mit dem anschaulichen Begriff "pork barrel" bezeichnet [Geldzuwendungen der Regierung an örtliche Verwaltungsstellen, um deren Unterstützung zu gewinnen]. Erfahrungen in anderen Bundesstaaten, namentlich in Australien, zeigen mit aller Deutlichkeit, dass solche Investitionen häufig gegen politische Unterstützung eingetauscht werden; in der Tat lässt der auf dem Gipfel von Madrid zustande gekommene politische "Kuhhandel" vermuten, dass die Strukturfonds weitgehend als Köder eingesetzt werden, um kleinere EU-Länder zu überzeugen,sich den Entscheidungen der grösseren Länder anzuschliessen und auf ihre Möglichkeit, eine destruktive Rolle zu spielen, zu verzichten. "

Charles Goodhart

Die Gegner von Transferzahlungen führen ausserdem ins Feld, dass solche Systeme die wirtschaftlichen Schwierigkeiten des Empfängerlandes verlängern und verschlimmern, da die Zahlungen diesem Land ermöglichen, schmerzliche Umstrukturierungsentscheidungen, die notwendig wären, um den wirtschaftlichen Problemen auf den Grund zu gehen, hinauszuschieben oder zu vermeiden.

Eine weitere Kritik dieses Lösungsansatzes bezieht sich ferner auf die Schwierigkeit, ein für alle diese Länder gemeinsames Niveau für Sozial- und Arbeitslosenleistungen festzulegen.

2. Europaweite Verhandlungen

Der zweite Lösungsansatz im Umgang mit Anpassungsproblemen und der Rolle des Arbeitsmarktes, der Beschäftigung und des Lohnniveaus wird von den Kreisen vorgeschlagen, die ein zentralisiertes europäisches Tarifverhandlungssystem zur Festlegung von Löhnen und Sozialnormen unterstützen.

Die Befürworter dieses Ansatzes machen geltend, dass eine Fortführung der bestehenden nationalen Tarifverhandlungssysteme nach Einführung der WWU unter Berücksichtigung des gegenwärtigen Dezentralisierungstrends die Länder zu einem Wettbewerbsverhalten anregen könnte, indem sie die Sozial- und Arbeitsnormen untergraben. Dies hätte nicht nur eine Rezessionsspirale sondern auch eine vermehrte Ungleichheit in Europa zur Folge.

Um eine derartige Entwicklung zu vermeiden, wird ein echtes europäisches System der Arbeitsbeziehungen gefordert, wobei die europäischen Einrichtungen neue europäische Tarifverhandlungen aushandeln, die Mindestlöhne und minimale Sozialleistungen festlegen. Solche Abkommen könnten auf gesamteuropäischer oder auf sektorieller Ebene abgeschlossen werden. Diese Strategie würde auf den bisher lediglich im Ansatz vorhandenen europäischen Verhandlungssystemen aufbauen, die vor kurzem Abkommen über Elternurlaub und über atypische Arbeit ermöglichten.

Zum gegenwärtigen Zeitpunkt gibt es in Europa die notwendigen Einrichtungen nicht.. Verschiedene Bereiche geben zu besonderer Besorgnis Anlass:

- (1) Eine weitere Zentralisierung der Entscheidungen und die Einführung von noch mehr Bürokratie und Starrheit auf einem Markt, der von den Arbeitgebern heute schon als zu stark reguliert betrachtet wird, stösst auf politischen Widerstand.
- (2) Wie kann man sich unter Berücksichtigung der zur Zeit in Europa in bezug auf Löhne und Einkommen, Sozialsysteme und wirtschaftliche Leistung bestehenden Unterschiede im Rahmen von europäischen Verhandlungen auf gemeinsame Lohn- und Leistungsnormen einigen?
- (3) Die Arbeitgeber haben offenbar nicht den politischen Willen, europaweite Verhandlungen zu führen, und die Gewerkschaften ihrerseits fürchten sich vor Folgen, die europäische Verhandlungen auf ihre nationalen Verhandlungsergebnisse haben könnten.
- (4) Ferner werden europäische Verhandlungen auch abgelehnt mit der Begründung, dass das Bestehen europäischer Lohn- und Sozialnormen ein in wirtschaftlichen Schwierigkeiten befindliches Land zwar an "Wettbewerbsstrategien" hindert, jedoch die grundlegende Frage, wie dieses Land seine Schwierigkeiten ohne monetäre oder fiskalische Anpassungsmöglichkeiten überwinden kann, nicht anspricht.

Bei einer Prüfung der Aussichten für eine zentralisierte Lohnpolitik in Europa nach Einführung der WWU gelangt der deutsche Ökonom Claus Schnabel zu folgenden Schlüssen:

Im letzten Jahrzehnt tendierten die meisten europäischen Länder zu einer Dezentralisierung der Tarifverhandlungen, im Bestreben, die Lohn- und Arbeitsmarktflexibilität zu erhöhen. Angesichts dieser Entwicklung wäre die als Antwort auf die WWU gelegentlich vorgeschlagene Zentralisierung der Tarifverhandlungen auf europäischer Ebene eindeutig ein Schritt in die falsche Richtung, EU-weite Abkommen wären kontraproduktiv, denn sie würden den wirtschaftlichen Verhältnissen und der Entwicklung der einzelnen Länder nicht genügend Rechnung tragen.

In der Praxis sind jedoch weder die Gewerkschaften noch die Arbeitgeberverbände bereit, Befugnisse an ihre europäischen Dachorganisationen abzutreten. Auf beiden Seiten fehlen die organisatorischen Strukturen und die rechtlichen Rahmenbedingungen für transnationale Verhandlungen und für die Umsetzung von EU-weiten Lohnabkommen.

Zudem lassen fragmentierte organisatorische Strukturen, unterschiedliche Ideologien und voneinander abweichende nationale Interessen auf Gewerkschafts- und Arbeitgeberseite sowie die oben erwähnten wirtschaftlichen Erwägungen darauf schließen, dass es in voraussehbarer Zukunft kaum Tarifverhandlungen auf europäischer Ebene geben wird. Ein gangbarer Weg zur Festigung der europäischen Integration ist zweifellos die Verstärkung des sozialen Dialogs zur Förderung der Zusammenarbeit und des gegenseitigen Verständnisses der Sozialpartner. "

Der Widerstand, den Arbeitgeber einem schrittweisen Aufbau eines europäischen Tarifverhandlungssystems entgegenbringen, kann die Gewerkschaftsbewegung in keiner Weise in ihrer Tätigkeit einschränken, bringt jedoch die Bedeutung der auf dem Spiel stehenden Frage zu Tage. Dabei sei daran erinnert, dass die europäischen Arbeitgeber bereits eine ähnliche Zurückhaltung in den Diskussionen über die Europäischen Betriebsräte zeigten. Dieses Zögern erschwert den Gewerkschaften die Aufgabe, macht sie aber auch notwendiger denn je.

3. Die Deregulierung der Arbeitsmärkte

Vor allem im Verlauf des vergangenen Jahres haben zahlreiche Spitzenvertreter aus Wirtschaft und Politik sowie auch Wirtschaftskommentatoren aus allen Teilen Europas darauf hingewiesen, dass der Erfolg der WWU davon abhängen werde, inwieweit die Regierungen bereit sein werden, den Arbeitsmarkt zu deregulieren, um die notwendige Flexibilität, im besonderen die Lohnflexibilität, zu gewährleisten. Dabei wird das Argument ins Feld geführt, dass Europa nach Einführung der WWU vor die Alternative

gestellt werde, eine weitere Erhöhung der Arbeitslosigkeit oder aber flexibles Lohnniveau zu akzeptieren, das einen Rückgang der Lohnsätze in Regionen, Berufsgruppen und Wirtschaftszweigen mit rückläufiger Entwicklung und sinkender Nachfrage erlaubt.

Die europäischen Zentralbankpräsidenten, die Architekten der WWU, sind zum Sprachrohr dieser Forderungen geworden. In den letzten Monaten haben insbesondere Eddie Gerge von der Bank of England, Hans Tietmeyer von der Bundesbank, Wim Duisenberg aus den Niederlanden und Alexander Lamfalussy, Präsident des EWI, eine Deregulierung des Arbeitsmarktes und eine grössere Flexibilität verlangt, um den Erfolg der Währungsunion zu garantieren. Der frühere Präsident der Bundesbank, Helmut Schlesinger, ging sogar noch einen Schritt weiter, als er im vergangenen Jahr im Wirtschaftsmagazin "The Economist" erklärte:

"Das gleiche gilt auch für den Abbau von starren Strukturen auf dem Arbeitsmarkt und in der Lohnpolitik. Deutschland im besonderen hat allen Grund, die wesentlich flexibleren Lösungen zu prüfen, die in Grossbritannien unter der Regierung von Margaret Thatcher eingeführt wurden".

Schlesinger, The Economist, September 1996

Die von den Befürwortern der Deregulierung vorgebrachten Argumente sind ideologischer und wirtschaftlicher Natur.

Es lässt sich nicht von der Hand weisen, dass immer mehr Unternehmer in Europa eine Deregulierung und "Amerikanisierung" der europäischen Arbeitsmärkte ungeachtet wirtschaftlicher Verhältnisse oder Bedingungen anstreben. Die WWU stellt für sie ein passendes Werkzeug zur Vorbringung ihrer ideologischen Forderungen dar. Mit den Argumenten dieser Ideologien als solchen kann man sich auseinandersetzen oder diese widerlegen.

Aus wirtschaftlicher Sicht bleibt jedoch die Sorge, dass die WWU, so wie sie sich ihre geistigen Väter in Unternehmens- und Bankkreisen vorstellen, aufgrund der deregulierten Arbeitsmärkte zwangsläufig von einem grundlegenden sozialen Wandel oder von einer Arbeitslosigkeit begleitet sein wird, die das Ausmass der heutigen Beschäftigungslosigkeit noch übersteigt.

Auswirkungen auf die Beschäftigung und die Tarifverhandlungen

Die WWU wird häufig als ein Allheilmittel für die Überwindung der Arbeitslosigkeit in Europa dargestellt, wobei geltend gemacht wird, dass sich nach Einführung der Währungsunion nicht nur Wettbewerb, Effizienz und Rentabilität sondern auch Wirtschaftswachstum und Beschäftigung positiv entwickeln werden.

Dabei handelt es sich aber vielmehr um ein Wunschdenken als um eine belegbare wirtschaftliche Tatsache.

Die Währungsunion wird zweifellos zu einer verbesserten wirtschaftlichen Leistung beitragen, kann aber aus eigener Kraft weder Beschäftigung noch Wachstum gewährleisten.

Eine eingehende Überprüfung dieser Frage veranlasste verschiedene Ökonomen zu folgenden Kommentaren:

"Die einheitliche Währung wird der Wettbewerbsfähigkeit in Europa kurzfristig zweifellos einen kleinen Auftrieb geben und diese auch in der Zukunft unterstützen. Die kurzfristigen Auswirkungen sind auf den Wegfall der Transaktionskosten innerhalb Europas zurückzuführen, und dadurch kann die Produktivität der europäischen Industrie gefördert werden. Die längerfristigen Auswirkungen werden sich aus der Stabilisierung der Devisenmärkte und aus der Glaubwürdigkeit des europäischen Engagements zur Preisstabilität ergeben. Diese beiden Entwicklungen dürften sich positiv auf das reale Austauschverhältnis in Europa auswirken, wobei mögliche Vorteile nur schwer mengenmässig erfasst werden können und wir annehmen müssen, dass sie wahrscheinlich gering sind. "

Gros und Jones

"Trotz der zahlreichen Argumente, die für die Schaffung des Binnenmarktes und für die verschiedenen zur Liberalisierung des Kapitalverkehrs erforderlichen Deregulierungsmassnahmen vorgebracht wurden, darf man von der WWU nicht erwarten, dass sie als solche ausreicht, um eine Rückkehr zum Wachstum und zur Beschäftigung in Europa zu gewährleisten. Im Gegenteil werden die sogenannten "Effizienzgewinne" des Binnenmarktes, der weitgehenden finanziellen Integration und nunmehr der WWU nur dann effektiv eingefangen werden können, wenn sich zuvor ein reelles Wachstum eingestellt hat.

Devillé

Es bestehen allerdings ernste Zweifel, ob es den Wirtschaften möglich sein wird, vor oder selbst nach der Einführung der Währungsunion zu einem solchen Wachstum zurückzufinden.

Wie bereits erwähnt führen praktisch alle Regierungen Europas (vielleicht mit Ausnahme Luxemburgs) einen harten Kampf, um die Kriterien von Maastricht zu erfüllen. Zu diesem Zweck verfolgen die Regierungen eine deflationäre Politik und ergreifen Deregulierungsmassnahmen, um die gesamtwirtschaftliche Nachfrage so stark zu reduzieren, dass sie die Inflation unter Kontrolle halten und die öffentlichen Ausgaben und damit den Kreditbedarf der öffentlichen Hand reduzieren können. Diese Politiken sind zweifellos mitverantwortlich für die in ganz Europa beobachteten geringen Wachstumsraten und für die hohe Arbeitslosigkeit.

Im Vorfeld von 1999 dürfte sich die Konvergenzpolitik der einzelnen Regierungen verschärfen und entsprechende negative Folgen für das Wachstum und die Beschäftigung haben.

An dieser Situation wird sich wahrscheinlich auch nach der Verwirklichung der Währungsunion nichts ändern. Der vereinbarte Stabilitätspakt verlangt wie gesagt von den Regierungen, dass sie ihre Wirtschaft unter Berücksichtigung der festgelegten Konvergenzkriterien führen. Dadurch wird die Möglichkeit, mit traditionellen fiskalpolitischen Massnahmen nach dem Keynesianischen Modell die Gesamtnachfrage zu steigern und die Beschäftigung zu fördern, massgeblich eingeschränkt.

Ferner könnte sich die Preisstabilitätspolitik, die von der neuen Europäischen Zentralbank verfolgt wird, ebenfalls negativ auf die Beschäftigung auswirken. Der Grund liegt darin, dass unabhängige Zentralbanken, deren alleiniges Ziel darin bestehen muss, die Preisstabilität zu gewährleisten und die Inflation im Griff zu halten, angesichts einer steigenden Nachfrage und eines erhöhten Wachstums so stark um inflationäre Folgen besorgt sein werden, dass sie ohne Zögern eine Geldpolitik mit deflationärer Wirkung für die Wirtschaft verfolgen. Auf diese Weise kann der Inflationsdruck in Grenzen gehalten werden, allerdings auf Kosten eines echten Wachstums und eines Beschäftigungszuwachses.

In jüngster Zeit wurde vielen Zentralbanken vorgeworfen, dass sie wirtschaftliche Entwicklungen falsch verstehen und zu stark auf Marktveränderungen reagieren, indem sie unnötig harte Massnahmen der Inflationsbekämpfung einführen. Die Geld- und Kreditpolitik ist zwar ein hochwirksames, gleichzeitig aber ein völlig ungeschliffenes wirtschaftspolitisches Instrument. Deshalb hat man bei einer durch die Zentralbanken vorgenommenen Feinabstimmung oft den Eindruck, dass hier Nüsse mit der Holzhammermethode geknackt werden.

Zu dieser Erkenntnis gelangte im besonderen auch die Europäische Kommission.

Aus diesem Grund hat der frühere Präsident der Europäischen Kommission, Jacques Delors, ein Weissbuch über Wachstum, Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung ver-

öffentlich. Dieses Weissbuch regt ein Investitionsprogramm im Umfang von mehreren hundert Milliarden ECU an. Dabei wird vorgeschlagen,

- transeuropäische Infrastrukturnetze in den Bereichen Verkehr, Energie und Kommunikationen zu schaffen und
- neue Technologien zu fördern.

Diese Massnahmen sollten dazu beitragen, bis zum Jahr 2000 in Europa 15 Millionen Arbeitsplätze zu schaffen.

Nach der Veröffentlichung des Delors-Berichts wurden auf den darauffolgenden Rats-tagungen (1993 in Brüssel, 1994 in Essen, 1995 in Madrid und 1996 in Dublin) Schlussfolgerungen zur Frage der Beschäftigung verabschiedet.

Ferner hat die Europäische Kommission im Oktober 1995 ihre Beschäftigungsstrategie vorgestellt, die ebenfalls zum Ziel hat, mit Hilfe von kapazitätserweiternden und beschäftigungsfördernden Investitionen, begleitet von den zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit, des Wissens- und Bildungsstandes und des Arbeitsmarktes erforderlichen Strukturmassnahmen, den Weg für Stabilität, Wachstum und Beschäftigung zu ebnen.

Ferner hat Jacques Santer Mitte 1996 einen Vertrauenspakt zur Überwindung der Arbeitslosigkeit in Europa verlangt.

Beschäftigungsfragen stehen im Mittelpunkt der EGB-Publikation: "Arbeitsplätze und Solidarität im Herzen Europas" (Mai 1995) und in der EGB-Kampagne "Europa muss arbeiten".

Die Beschäftigungslage in Europa hat sich im Jahre 1996 weiter verschlechtert. Diese Entwicklungen haben die Kommission veranlasst, ihren Bericht über die Beschäftigung in Europa zu überarbeiten; dabei gelangte sie zu folgendem Schluss:

"Obwohl wir über zahlreiche Bausteine für ein nachhaltiges, beschäftigungsförderndes Wachstum verfügen, ist das Werk noch lange nicht vollendet. Ein volles Engagement fehlt nach wie vor, und die Anstrengungen sind nicht in ausreichendem Masse koordiniert, um konkrete Fortschritte in Richtung auf die Vollbeschäftigung zu erzielen. "

Das Scheitern dieser Initiativen mag wohl niemanden überraschen, wenn man bedenkt, dass sich die Finanzminister nicht auf die erforderliche Finanzierung einigen können.

Die Gipfelkonferenz der Staats- und Regierungschefs im Juni 1997 in Amsterdam hat weitere Schritte in Richtung einer einheitlichen Währung für die Europäische Union beschlossen. Damit kann nunmehr davon ausgegangen werden, dass der vorgesehene Fahrplan für die Einführung des EUROS eingehalten wird. Zwar gibt es noch keine endgültige Klarheit über die EU-Mitgliedstaaten, die von Anfang an bei der Einführung

des EUROS dabeisein werden, aber vieles deutet inzwischen darauf hin, dass die Maastricht-Kriterien grosszügiger interpretiert werden dürften als es die deutsche Bundesregierung bisher verlangt hatte.

Aufgrund des Drucks der europäischen Gewerkschaftsbewegung und als Antwort auf Forderungen der neu gewählten Zentrum-Linksregierungen in Frankreich und im Vereinigten Königreich wurde auf dem Gipfeltreffen in Amsterdam über einen Beschäftigungsparagrafen diskutiert, durch den der Vertrag von Maastricht ergänzt werden soll, mit dem Ziel, Arbeitsplätze und die soziale Kohäsion zu fördern.

Nach eingehenden Gesprächen in Amsterdam verabschiedete der Rat als Ergänzung zum Stabilitätspakt eine Entschliessung zu Wachstum und Beschäftigung. Die Entschliessung verlangt gesunde makroökonomische und Budget-Strategien, die mit Massnahmen zur Förderung der Stabilität, eines starken und nachhaltigen Wachstums und der Beschäftigung einhergehen.

Der Vertrag wird einen Absatz über Beschäftigung umfassen, mit dem Ziel, einen "ausgewogenen und dauerhaften wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt und einen hohen Beschäftigungsstand" zu fördern. Zur Verwirklichung dieses Vorhabens kann der Rat Stimulierungsmassnahmen zur Förderung der Zusammenarbeit zwischen Mitgliedstaaten und zur Unterstützung der Beschäftigungspolitik der Mitgliedsländer zur Anwendung bringen, in der Form von Initiativen, die dem Austausch von Informationen und empfehlenswerten Praktiken dienen und vergleichende Analysen und Ratschläge enthalten. Für diese Massnahmen wurden Budgetbegrenzungen vorgesehen.

Die Entschliessung verlangt ferner

- die Wiederbelebung des Vorschlags für die Schaffung von transeuropäischen Transportnetzen und den Ausbau von Forschungs- und Entwicklungsprogrammen. Für diese Projekte wurden allerdings keine zusätzlichen Mittel vorgesehen;
- die Verwendung der Reserven der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl in der Höhe von 700 Millionen ECU für die Schaffung eines Forschungsfonds für die Kohle- und Stahlindustrie;
- die Verbesserung des sozialen Dialogs mit den Sozialpartnern.

Der Forderung in bezug auf die Beschäftigung haben die Staats- und Regierungschefs in Amsterdam nur teilweise entsprochen. Deshalb muss befürchtet werden, dass die WWU aufgrund der deregulierten Arbeitsmärkte zwangsläufig von einem grundlegenden sozialen Wandel und/oder von einer Arbeitslosigkeit begleitet sein wird, die das Ausmass der heutigen Beschäftigungslosigkeit noch übersteigt.

Die in der Euro-FIET zusammengeschlossenen Gewerkschaften können sich daher mit den Beschlüssen von Amsterdam auch nicht zufrieden geben. Zwar kann eine euro-

päische Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik kein Ersatz für ein notwendiges Handeln auf nationaler Ebene sein, aber die Entwicklung der vergangenen Jahre hat hinreichend gezeigt, dass ein Verzicht auf koordiniertes Handeln der nationalen Regierungen und der EU-Kommission eine Trendwende auf dem Arbeitsmarkt unmöglich machen.

Arbeitsplätze und Wachstum werden dann Wirklichkeit, wenn sich der öffentliche und der private Sektor verpflichten, komplementäre produktive, beschäftigungsfördernde Investitionen zu tätigen.

Leider sind solche Investitionen in Europa bisher ausgeblieben.

Wie bereits früher erwähnt, hat die Erfüllung der WWU-Konvergenzkriterien die Regierungen in Europa zu einer kontraktiven Wirtschaftspolitik veranlasst, die die öffentlichen Ausgaben und Investitionen einschränkt. Von diesen Restriktionen sind der öffentliche und der private Sektor betroffen und haben eine Dämpfung der Nachfrage und der Beschäftigung zur Folge. Das Abkommen betreffend die Einführung eines Stabilitätspakts und die Tatsache, dass die Preisstabilität zum alleinigen Funktionskriterium der Europäischen Zentralbank gemacht wird, wird aber an dieser Situation auch nach der Verwirklichung der Währungsunion nichts ändern.

Auch im privaten Sektor sind die erforderlichen beschäftigungsfördernden Investitionen bisher ausgeblieben. Jüngste Untersuchungen auf dem Gebiete des Beschäftigungswachstums und der Produktivität haben gezeigt, dass Europa zwar stets höhere Produktivitätsfortschritte aufweisen konnte als die USA und Japan, dass 33% des Wachstums in Europa jedoch auf die Kapital/Arbeitskräfte-Substitution entfielen, wobei die Unternehmen arbeitsintensive durch kapitalintensive Produktionsprozesse ersetzt haben. Zwischen 1991 und 1995 waren die Produktivitätssteigerungen in Europa zu nahezu 60% auf Kapital/Arbeitskräfte-Substitution zurückzuführen. Ein wichtiger Teil dieser Substitution erfolgte zudem über die Verlagerung von Kapitalanlagen in Produktionsstätten in Niedriglohnländern, zum Beispiel durch Outsourcing von Produktion und Investitionen. Der Zunahme der Investitionen und der Produktivität stehen jedoch örtliche Arbeitsplatzeinbussen und eine steigende Arbeitslosigkeit gegenüber.

In den USA hingegen fiel die Kapital/Arbeitskräfte-Substitution mit rund 15% viel weniger stark ins Gewicht. Dieser Substitutionsanteil bedeutet, dass die USA eine wesentlich bessere Leistung in bezug auf die Schaffung neuer Arbeitsplätze und die Senkung der Arbeitslosenrate aufweist. Wir sollten uns aber dennoch davor hüten, das US-Modell zu propagieren und stets daran denken, dass in diesem Land die Armut und die Ungleichheit in der Einkommensverteilung ein beispielloses Ausmass annimmt.

Da es der öffentliche und der private Sektor in Europa unterlassen haben, beschäftigungsfördernde Initiativen einzuleiten, werden nun diejenigen Aspekte der Beschäftigungsstrategie herausgestellt, die sich nicht auf die Investitionen beziehen, zum Beispiel die Mässigung der Lohnforderungen und die Deregulierung des Arbeitsmarktes.

Man verlangt von den Arbeitnehmern, die Folgen, die das Ausbleiben öffentlicher und privater Investitionen nach sich zog, zu tragen. Die Reformen, die nun gefordert werden, sind nicht neu und umfassen:

- eine stärkere Lohndifferenzierung zwischen Regionen, Ausbildungsstand und Wirtschaftszweigen;
- eine Senkung der Lohnnebenkosten, namentlich für die unteren Lohnstufen;
- die Einführung niedriger Eintrittslöhne für junge und für ungelernete Arbeitskräfte sowie für Langzeitarbeitslose;
- flexiblere Arbeitszeitregelungen;
- vermehrter Einsatz von Teilzeit- und Leiharbeitskräften;
- Aufhebung von Beschäftigungsschutz-Vereinbarungen, die den Arbeitgebern mehr Spielraum bei der Einstellung und Entlassung von Personal geben.

Diese Vorschläge, die zwar oft vorsichtiger und harmloser formuliert sind, lassen dennoch den klaren Wunsch erkennen, die europäische Arbeitsmarktpolitik derjenigen der Vereinigten Staaten anzunähern.

In ihrem Wirtschaftsbericht für 1997 schreibt die Europäische Kommission:

"Aus sozialen und politischen Gründen ist eine Nachahmung des amerikanischen Vorgehens in der Gemeinschaft weder realisierbar noch wünschenswert, denn dies könnte das europäische Sozialmodell unter völlig neue Vorzeichen stellen. "

Im gleichen Bericht werden aber gleichzeitig praktisch alle der oben erwähnten Arbeitsmarkt-Deregulierungsstrategien gefordert. Mit anderen Worten geht die Kommission in einen wenigen Absätzen von einer scharfen Kritik am amerikanischen Lösungsansatz zu einem Appell zur Umsetzung der Schlüsselemente der Arbeitspolitik der USA über.

Diese Kehrtwendung wird offenbar auch in einer Aussage des Wirtschaftsmagazins, The Economist, bestätigt, wonach die Europäische Kommission entgegen dem äusseren Anschein die Verfechterin der von Frau Thatcher gepriesenen Deregulierung der Wirtschaft ist. (Economist, 15. März 1997).

Europa steht vor seiner schwersten Beschäftigungskrise der Nachkriegszeit. Der Ministerrat, die Kommission, die Regierungen der Mitgliedstaaten und die Sozialpartner müssen deshalb zur erfolgreichen Bekämpfung der Arbeitslosigkeit eine gemeinsame Strategie für mehr Wachstum und Beschäftigung entwickeln und zügig umsetzen.

Dazu bedarf es auch eines intensiven sozialen Dialogs. Die Bemühungen des Präsidenten der EU, Santer, einen Vertrauenspakt zwischen Politik, Wirtschaft und Gewerkschaften zu schaffen, sind wegen des Widerstandes einiger Regierungen bisher leider ohne Erfolg geblieben. Das Vorhaben sollte dennoch nicht aufgegeben werden, zumal sich durch die Wahlergebnisse in Grossbritannien und Frankreich die politischen Konstellationen für

eine engagierte Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik auf europäischer Ebene verbessert haben.

Unsere Aufgabe, den Prozess der Schaffung einer WWU sozialverträglich zu gestalten, setzt entsprechende Aktivitäten der Euro-FIET voraus. Dazu müssen wir sie in die Lage versetzen.

Die einheitliche Währung, wird von einer Geldpolitik gestützt werden, für die die Europäische Zentralbank verantwortlich ist und die die allgemeine Situation im Gebiet der einheitlichen Währung berücksichtigen wird. Wenn unter diesen Umständen die wirtschaftliche Anpassung nur über die Steuerpolitik, den Beschäftigungsstand und das Lohnniveau erfolgt, wird ein neuer und oft widersprüchlicher Druck auf die Tarifverhandlungen geschaffen, und die arbeitgeberseitige Forderung nach mehr Flexibilisierung der Arbeitsbedingungen und damit der Arbeitsmärkte wird immer lautstärker erhoben.

Für die Gewerkschaften werden sich auf unterschiedlicher Ebene in den einzelnen Sektoren veränderte oder sogar neue Rahmenbedingungen für ihr Handeln ergeben. Zum einen geht es um veränderte Arbeitsbedingungen auf betrieblicher Ebene, zum anderen um neue tarifpolitische Ausgangsbedingungen. Zusätzlich belastet wird dieser Prozess durch den Verzicht auf eine harmonisierte Steuer- und Finanzpolitik.

Die WWU eröffnet neue Chancen in einer globalisierten Wirtschaft. Wir müssen unsere Kräfte bündeln, um zu gewährleisten, dass die Entwicklung zu einem wirtschaftlich und politisch geeinigten Europa auch von den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern als Chance und nicht als Bedrohung erlebt werden kann.

Eine realistische Alternative dazu gibt es aus der Interessenlage der abhängig Beschäftigten nicht.

Auswirkungen der WWU auf die Euro-FIET-Sektoren

Folgen der einheitlichen Währung im Handel

Den Handelsunternehmen werden durch die Umstellung auf den EURO wesentliche einmalige Ausgaben und Transaktionskosten erwachsen. In praktisch allen Geschäftsbereichen werden Veränderungen unumgänglich sein. Beispiele: Informationstechnologie, Rechnungswesen und Finanzmanagement, Steuer-, Rechts- und Zahlensysteme, Marketing und Produktplanung. Die Kosten werden je nach Sektor unterschiedlich sein, wobei die Einzelhandelsfirmen aufgrund des Umfangs der Bargeldtransaktionen und der für die Einführung des EURO gewählten Methode wahrscheinlich am stärksten betroffen sein werden. Preispolitik, Merchandising (alle warenbezogenen Marketingaktivitäten im Handel), Bargeldverkehrsabwicklung und Aufzeichnungsmethoden werden angepasst werden müssen, um der doppelten Haushaltsführung: EURO und Landeswährung in der Zeit zwischen 1999 und 2002 gerecht zu werden. Untersuchungen von EuroCommerce haben ergeben, dass diese Kosten rund 2% der Einnahmen im Einzelhandel entsprechen, wobei die kleinen Einzelhandelsfirmen unverhältnismässig stark belastet werden. Diese Kosten werden entweder absorbiert, das heisst, ihren Niederschlag in der Rentabilität und der Beschäftigung finden, oder aber weitergeleitet und sich auf die Inflation auswirken.

Die Auswirkungen der WWU auf das europäische Bankgewerbe

Die WWU wird positive und negative Auswirkungen auf den europäischen Banksektor haben.

Zu den positiven Folgen gehören im besonderen:

- potentielle Kosteneinsparungen;
- potentielle positive Auswirkungen einer verbesserten wirtschaftlichen Leistung in Europa auf das Banksystem;
- eine erhohnte Nachfrage nach Wertpapier- und Emissionsgeschaften und Kapitalmarkt-Dienstleistungen.

Diesen stehen aber auch negative Folgen gegenüber:

- wesentliche Einnahmeverluste aus dem Devisengeschäft und dem grenzüberschreitenden Kapitalverkehr. Schätzungen der Boston Consulting Group zufolge werden sich die Ertragseinbussen in diesem Bereich auf mindestens 5 Milliarden USD pro Jahr belaufen;
- ausgesprochen hohe ubergangskosten in Verbindung mit der Einführung des EURO. Diese Kosten umfassen die erforderliche Buchführung, Informations-

Management und Veränderungen im IT-Bereich sowie eine Rekonfiguration von ATM-Systemen:

- ein verschärfter grenzüberschreitender Wettbewerb, der zusätzlichen Druck auf Zinsspannen und Provisionseinnahmen-Gebühren ausüben wird.

Die WWU wird das Bankgewerbe aber insofern unter völlig neue Vorzeichen stellen, als sie gegenwärtige Trends, wie zum Beispiel die Verschärfung des Wettbewerbs und den Einlagenabzug, die die Gewinnspannen der Banken massgeblich reduziert und die grenzüberschreitende Fusionstätigkeit gefördert haben, weiter beschleunigen wird.

In den meisten Teilen Europas haben Deregulierung, Privatisierung und die Entwicklung von Kapitalmärkten einen harten Konkurrenzkampf zwischen den Banken ausgelöst, was eine Senkung der Margen und häufig auch die Beeinträchtigung der Kreditwürdigkeit der Banken bewirkte. Das Phänomen des verschärften Wettbewerbs beschränkte sich in der Regel auf das jeweilige Land, ausgenommen für das grosse Firmenkundengeschäft. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt wird das Privatkundengeschäft weitgehend im Inland abgewickelt; die Verbraucher werden durch zahlreiche Hürden an einer Inanspruchnahme grenzüberschreitender Bankdienstleistungen gehindert; hierzu seien nur einige Beispiele genannt: Kosten des Währungsumtauschs, mangelnde Preistransparenz, teure und zeitraubende grenzüberschreitende Zahlungssysteme und das Fehlen internationaler Markenamen. Die einheitliche Währung wird diesen Sachverhalt verändern, weil sie den Markt unvermittelt vergrössert. In dieser Hinsicht wird die einheitliche Währung das inländische Bankgewerbe viel stärker beeinflussen als die verschiedenen europäischen Richtlinien, die im Hinblick auf die Schaffung des Binnenmarktes eingeführt wurden.

Die einheitliche Währung wird zudem allen Banken im Einzugsgebiet der WWU unmittelbar "lokale" Marktmittel verfügbar machen und auf diese Weise Probleme im Zusammenhang mit der Finanzierung lokaler Währungen, die eine grenzüberschreitende Expansion der Kreditgewährung verhinderten, einschränken. Die Banken werden in Zukunft Produkte wie Konsumkredite, Kreditkarten und Hypothekendarlehen leichter als bisher in andere Länder exportieren können.

Die Finanzmärkte werden mit grosser Wahrscheinlichkeit expandieren und kleine und mittlere Betriebe sowie Grossunternehmen ermutigen, ihre Banken zu umgehen und einen direkten Zugang zu den Kredit- und Kapitalmärkten anzustreben.

Auch der grenzüberschreitende Wettbewerb für Einlagen wird sich verschärfen, wobei die Banken mit aggressiveren Strategien in bezug auf die Kondition Geld anlocken werden.

Im Bereich der Firmenkundenaktivitäten werden Bond- und Geldmärkte und Derivatengeschäfte, denen lokale Schuldurkunden zugrunde liegen, an Bedeutung verlieren, da diese Geschäftsbereiche auf grössere Finanzzentren übertragen werden.

Ausserdem wird erwartet, dass der Binnenmarkt den im Bereich der Finanzdienstleistungen in Europa heute schon bestehenden Konsolidierungstrend weiter beschleunigen wird.

nigen wird. Bisher erfolgten die meisten Zusammenschlüsse und Kooperationsvereinbarungen, namentlich im Privatkundengeschäft, innerhalb der Grenzen eines bestimmten Landes.

Die WWU wird den Weg für umfassendere grenzüberschreitende Fusionen ebnen. Ein freier und ungehinderter Preiswettbewerb wird der Kostenkontrolle einen wichtigen Platz einräumen. Zusammenschlüsse werden die Voraussetzungen für die Gewinnung von Grössenvorteilen schaffen, indem sie den Banken erlauben, Produkte in einem umfassender Absatzgebiet zu verkaufen. Ferner könnte der Konsolidierungstrend in der Industrie die Banken zu Fusionen anregen, um sicherzustellen, dass sie über die notwendige Kapitalausstattung verfügen und die erforderlichen Bankdienstleistungen erbringen, um ihre renommierten Firmenkunden zurückzuhalten. Viele Fragen betreffend die Kompatibilität von Rechtssystemen und spezifischen Bankgesetzen sind noch offen, doch werden sie nach Einführung der WWU den Trend zur Fusion der Banken vielleicht verzögern, jedoch nicht aufhalten können.

"Man muss sich unbedingt darüber im klaren sein, dass die Kosten der WWU zwar mehr oder weniger gleichmässig auf den europäischen Banksektor verteilt werden, die daraus erwachsenden Vorteile aber nicht allen in gleichem Masse zugute kommen. Da es in den meisten europäischen Ländern zu viele Banken und zu viele Filialen gibt, wird sich hier ein starker Konsolidierungstrend im Banksektor einstellen wobei letztlich die Gewinner die Investitionsbanken und im Privatkundengeschäft die Banken mit der höchsten Kostenwirksamkeit und der stärksten Privatkunden-Finanzierungsgrundlage sind. "

Herman Wijffels, Chairman, Rabobank, Niederlande.

Nach Auffassung der europäischen Bankiers wird der gegenwärtige Trend des Bankmanagement nach Verhältniszahlen ("ratio" management) nach Einführung der WWU nicht nur fortbestehen sondern sich weiter verstärken. Mit diesem Verfahren wird eine grössere Kostenwirksamkeit angestrebt, durch Personalabbau und Senkung der Kosten (namentlich der Lohn- und Lohnnebenkosten), durch die Einführung neuer arbeitssparender Technologien und Methoden (zum Beispiel Call Centres); ausserdem sollen Fusionen und/oder Allianzen die Erzielung von Grössenvorteilen erlauben.

Im Banksektor werden aber weitere Veränderungen erwartet, so zum Beispiel im Bereich der staatlichen Unterstützung von Banken, die sich in Schwierigkeiten befinden. Nach der Schaffung der WWU werden die Regierungen in wesentlich geringerem Umfang in den Finanzsektor eingreifen, was im besonderen bedeutet, dass Problembanken nicht mehr im heutigen Ausmass unterstützt werden. Die Klausel über die "Unzulässigkeit von Beihilfen" im Vertrag von Maastricht hat zur Folge, dass die Regierungen nach Einführung der WWU in dem riesigen Binnenmarkt, der 15 Länder umfasst, weniger Möglichkeiten und auch kein Interesse (Gefahr von Sanktionen!) mehr haben werden, notleidende Banken zu unterstützen.

Beschäftigung in Banken

Bislang hat man kaum versucht, die Auswirkungen einer einheitlichen Währung auf die Beschäftigung mengenmässig zu erfassen. Aufgrund erster Schätzungen über die langfristigen Auswirkungen gelangen unsere europäischen Mitgliedsorganisationen im Banksektor zum Schluss, dass aufgrund der Einführung einer einheitlichen Währung und der laufenden Umstrukturierungen mit einem Nettoverlust von über 200'000 Arbeitsplätzen in dieser Branche gerechnet werden muss. In einer inoffiziellen Schätzung eines unabhängigen Analyten wird sogar von einem Verlust von 500'000 Stellen gesprochen.

Andererseits sind uns keine Forschungsarbeiten bekannt, die darauf schliessen lassen, dass eine einheitliche Währung auf lange Sicht Arbeitsplätze im Finanzsektor schaffen wird.

Arbeitsplatzverluste werden im besonderen in den vier nachstehenden Bereichen zu beobachten sein:

- (1) Devisen-Schalterpersonal;
- (2) in der Verwaltung und Bearbeitung von Devisengeschäften tätige Bankangestellte;
- (3) Zentralbankangestellte (dieses Thema wird an anderer Stelle in diesem Bericht weiter ausgeführt);
- (4) Angestellte grosser Unternehmen (namentlich Firmen mit einer grossen europäischen Exportbasis), die sich mit der Bearbeitung von Devisenunterlagen befassen.

In den meisten Untersuchungen, die im Zusammenhang mit der einheitlichen Währung veröffentlicht wurden, werden die Stelleneinbussen in den oben erwähnten Berufsgruppen nicht erwähnt.

Die Auffassung, wonach Beschäftigungseinbussen durch die beschäftigungsfördernde Wirkung der einheitlichen Währung und der verbesserten Wirtschaftsleistung im Binnenmarkt wettgemacht wird, können wir nicht teilen. Die anhaltend hohe Arbeitslosigkeit in ganz Europa zeigt, dass dies eine grob vereinfachte Schlussfolgerung, ja ein Trugschluss ist.

Auswirkungen der einheitlichen Währung auf die Bankangestellten

Selbst die beste Vorbereitung und Unterrichtung werden nicht verhindern können, dass es bei der konkreten Einführung der einheitlichen Währung zu einer grossen Verwirrung kommen wird.

Die Bankangestellten werden dann einer starken Belastung ausgesetzt sein. Diese Aufgaben umfassen im besonderen:

- die Konversion von Bankakten, Konten und Unterlagen;
- die Umwandlung von IT-Systemen;
- die Umwandlung aller Währungen in die neue Währung;
- die Behandlung einer Vielfalt von Gesuchen, Fragen, Forderungen und Beschwerden aus der Öffentlichkeit.

Mit den Beschwerden aus der Öffentlichkeit und den notwendigen Klarstellungen werden sich in erster Linie Schalterbeamte und Personal, das direkt mit den Kunden in Verbindung steht, befassen müssen.

Die Banken werden dieser Situation nur dann gerecht werden können, wenn einerseits die technischen Einrichtungen und die Computer bereit sind, und andererseits genügend und korrekt ausgebildetes und informiertes Personal eingesetzt wird.

Die von Banken in ganz Europa in jüngster Zeit gezeigten Leistungen lassen jedoch darauf schliessen, dass dies nicht der Fall sein wird. Die Banken verfügen nicht über das notwendige Personal und sind offenbar auch nicht bereit, ihren Angestellten die erforderliche Ausbildung zu geben.

In den letzten fünf Jahren haben die Banken ihren Personalbestand stark abgebaut, um Kosten einzusparen. Die Qualität des Kundendienstes und auch die Fähigkeit der Schalterbeamten, Wünsche und Beschwerden der Kunden zufriedenstellend zu behandeln, wurden dadurch massgeblich beeinträchtigt. Die Bankangestellten haben heute schon Mühe, die anfallende Arbeit zu bewältigen, und wir glauben, dass es für sie kaum möglich sein wird, mit der durch die Einführung einer einheitlichen Währung geschaffenen zusätzlichen Arbeitslast fertig zu werden.

Ausserdem haben die meisten Banken ihre Ausbildungsprogramme und -budgets wesentlich eingeschränkt. Wir fragen uns erneut, ob die Banken bereit und willig sein werden, die erforderlichen Ausbildungsmöglichkeiten zur Verfügung zu stellen.

Kosten der Einführung der einheitlichen Währung

Die durch die Einführung der einheitlichen Währung erwachsenden Kosten wurden wiederholt zum Gegenstand von Untersuchungen gemacht. Schätzungen der Fédération

Bancaire der Europäischen Union zufolge sind für das Banksystem Kosten in der Höhe von mindestens 8 bis 10 Milliarden ECU zu erwarten. Andererseits schätzen Banken im Vereinigten Königreich, in Frankreich, Deutschland und Spanien diesen Aufwand in der Dreijahresfrist auf 2 bis 3 Prozent ihrer laufenden Gemeinkosten. Die Euro-FIET stellt sich daher die Frage, wer diese Kosten tragen wird.

Viele Banken in allen Teilen Europas haben von der Europäischen Kommission und von den Regierungen ihrer Länder finanzielle Unterstützung zur Bestreitung dieser Übergangskosten verlangt. Diese Forderungen fanden aber bisher kein Gehör, und die Chancen, dass sie eine solche Unterstützung erhalten, sind äusserst gering.

Wenn die Banken selbst diese Kosten übernehmen müssen, dann ist unserer Meinung nach zu befürchten, dass sie versuchen werden, diese auf folgende Weise wieder einzutreiben:

- Verringerung der laufenden Kosten durch einen Personalabbau und Lohn- und Budgetkürzungen;
- Erhöhung der den Kunden belasteten Gebühren und möglicherweise auch der Zinsen.

Die Kosten, die den Banken durch die Einführung der einheitlichen Währung entstehen, werden jedoch in jedem Fall auf unfaire Weise auf die arbeitende Bevölkerung abgewälzt, die wohl den geringsten Nutzen aus einer einheitlichen Währung zieht und für die es am schwierigsten sein dürfte, diese Kosten zu bezahlen.

Die Einführung einer einheitlichen Währung hat ausserdem zur Folge, dass die in den Arbeitsverträgen erwähnten Geldbeträge in die einheitliche Währung umgewandelt werden müssen. Diese Konversion (die nicht nur bei den Dienstverträgen in Banken sondern bei allen Arbeitsverträgen vorgenommen werden muss) wird zwangsläufig mit unerwarteten Schwierigkeiten verbunden sein.

Auswirkungen auf Zentralbankangestellte

In Europa übersteigt die Zahl der Zentralbankangestellten 60'000. Alle Gewerkschaften, die in den 15 Zentralbanken der Europäischen Union vertreten sind, sind Euro-FIET-Mitgliedsorganisationen.

Mit der Einführung einer einheitlichen Währung und der damit einhergehenden dritten Phase der WWU bricht für die Zentralbankangestellten eine völlig ungewisse Zukunft an. Die WWU ruft viele Fragen über die komplexen Beziehungen zwischen nationalen Zentralbanken, Landesregierungen, der Europäischen Zentralbank, dem Europäischen Parlament und den Gewerkschaften, die Zentralbankangestellte vertreten, auf. So stellen sich im besonderen folgende Fragen:

- Welche Aufgaben und Tätigkeiten werden der Europäischen Zentralbank übertragen, und welche bleiben die Prärogative der nationalen Zentralbanken?
- Wie und wo wird die einheitliche Währung hergestellt und was geschieht mit den Zentralbankangestellten in Europa, die diese Aufgabe bisher ausübten?
- Wird die einheitliche Währung von Land zu Land repatriiert werden müssen? *Wenn ja*, nach welcher Methode und durch wen wird dies verwirklicht? *Wenn nein*, was wird mit den Zentralbankangestellten geschehen, die diese Aufgabe bisher erfüllten?
- Wie weit wird das Prinzip der Subsidiarität eingehalten?
- Wie wird die Frage der gewerkschaftlichen Anerkennung und Vertretung behandelt?

In verschiedenen europäischen Zentralbanken wurde der Personalbestand in den letzten Jahren abgebaut, sei es durch natürlichen Arbeitskräfteabgang oder durch Entlassungen.

Dieser Personalabbau wurde oft als eine durch den Arbeitsverlust im Zuge der europäischen Integration bedingte, unumgängliche Massnahme dargestellt.

Die Geschäftsleitungen von nationalen Zentralbanken und von europäischen Finanzinstituten führen immer häufiger gemeinsame Tagungen durch, um diese Frage zu erörtern und europäische Antworten zu planen. Das Europäische Währungsinstitut umfasst in seinen Strukturen 9 formelle Unterausschüsse, denen Vertreter von nationalen Zentralbanken angehören und die die Aufgabe haben, Neuerungen im europäischen Banksektor zu planen.

Bisher hatten die Angestellten der nationalen Zentralbanken nur begrenzte Möglichkeiten, zusammenzukommen, denn sie besitzen kein anerkanntes System, das die Grundlage für einen sozialen Dialog auf europäischer Ebene bilden könnte.

Die Auswirkungen der WWU auf die Versicherungswirtschaft

In der Versicherungswirtschaft befasste man sich im Vergleich zum Bankgewerbe bisher kaum mit den Auswirkungen, die die WWU auf diesen Sektor haben wird.

Im Mittelpunkt der meisten diesbezüglich durchgeführten Untersuchungen standen die Vorteile, die sich aus den nach der Verwirklichung der WWU wahrscheinlich stärkeren und stabileren europäischen Volkswirtschaften für den Versicherungssektor ergeben werden.

Es können jedoch einige spezifischere Auswirkungen herausgestellt werden.

Expansion des Privatversicherungsmarkts

Man erwartet, dass die WWU dem Privatversicherungsgewerbe neuen Auftrieb geben wird, da sich die Länder von den öffentlichen Wohlfahrtssystemen entfernen. Die Zukunft des öffentlichen Gesundheitsdienstes und der staatlichen Rentensysteme stellt heute für viele Regierungen in Europa, die mit einer alternden Bevölkerung und einem ständig wachsenden Staatshaushalt konfrontiert sind, ein zentrales Anliegen dar. Im Rahmen der zur Erfüllung der WWU-Konvergenzkriterien erforderlichen haushaltsbeschränkenden Massnahmen haben die Regierungen in diesen Bereichen bereits Ausgabenkürzungen vorgenommen. Dieser Trend dürfte unter dem "Stabilitätspakt"-Ausgabenregime nach der Einführung des EURO weiterbestehen.

Ein vom IWF kürzlich veröffentlichter Bericht mit dem Titel: "Sind die europäischen Sozialversicherungs-Finzen mit der WWU vereinbar?" gelangt zu folgendem Schluss:

"Die meisten EU-Mitgliedstaaten sind nun im Begriff, ihre Defizitobergrenze zu erreichen, doch gibt es einige Mitglieder, denen dies aufgrund ihres ständig gestörten Soziversicherungsgleichgewichts (explizit oder implizit) allerdings nicht gelingen könnte. Kurzfristig könnte man den Sozialversicherungskonten mit Steuererhöhungen oder Ausgabenkürzungen in anderen Bereichen entgegenkommen. Längerfristig wäre es jedoch für die meisten Länder äusserst schwierig, ohne umfassende Sozialversicherungsreformen die Defizitobergrenze einzuhalten, ganz abgesehen von den mittelfristigen Gleichgewichts- oder Überschusszielen, die im Stabilitäts- und Wachstumspakt vorgesehen sind. "

und:

"Die drastisch ansteigende Altersabhängigenquote wird sich angesichts der heute verfolgten Politik in wachsenden Defiziten widerspiegeln, denn die markant ansteigenden Renten- und Gesundheitsdienstaussgaben werden mit (lohnbezogenen) Sozialversicherungssteuern finanziert werden müssen, die aufgrund der reduzierten Arbeitnehmerschaft begrenzt sind. Bei mindestens fünf EU-Mitgliedstaaten (Belgien, Frankreich, Spanien, Portugal und Schweden) überschreitet der Wert der unfundierten Pensionsverbindlichkeiten den Wert des BIP, was bedeutet, dass die künftigen Generationen eine gewaltige zusätzliche Last zu tragen haben. Bei einem Ausbleiben tiefgreifender Reformen wird das Schuldenkriterium auch aus diesem Grund langfristig nicht haltbar sein. "

Die Regierungen haben versucht, unter anderem folgende Reformen durchzuführen:

- Verringerung des Rentenniveaus und der Rentenzahlungen;
- Erhöhung des normalen Ruhestandsalters;
- Aufhebung von Frührentenregelungen;
- Begrenzung des Anspruchs auf Invalidenrenten und Krankengeld;

- Anpassung der Leistungsberechnung und der Indexierungsformeln;
- Bedürftigkeitsprüfung in bezug auf Rentenleistungen;
- Einführung von Betriebsrentensystemen mit definiertem Beitrag.

Die Gewerkschaftsbewegung bringt diesen Reformbemühungen aktiven Widerstand entgegen und hat in vielen Ländern erfolgreiche Kampagnen durchgeführt, mit denen sie die Bedeutung der staatlich finanzierten Krankenversicherungs- und Rentensysteme aufzeigte.

Diese Erfolge der Gewerkschaften ändern aber nichts an der Tatsache, dass die öffentlichen Systeme einer ungewissen Zukunft entgegengehen, wobei sich bereits heute ein Konflikt zwischen den von der WWU vorgeschriebenen geldpolitischen Sparmassnahmen und den zunehmenden Gesundheits- und Rentenkosten einer alternden Bevölkerung und einer rückläufigen Arbeitnehmerschaft abzeichnet.

Das Privatversicherungsgewerbe unterstützt die einheitliche Währung, und im besonderen die strenge Einhaltung der Konvergenzkriterien und der im Rahmen des "Stabilitätspakts" verlangten ständigen Haushaltsdisziplin nachhaltig. Diese Unterstützung dient selbstverständlich den eigenen Interessen. Der Europäische Versicherungs-Ausschuss (CEA) erklärt:

"Die skrupellose Einhaltung der Konvergenzkriterien wird bewirken, dass die betreffenden Länder ihre Defizite einschränken und folglich die Kostenexplosion - vor allem - in den Bereichen Gesundheit und Renten einschränken; diese Länder werden daher zwangsläufig eine vermehrte Einbeziehung von privaten Versicherern in ihre Sozialversicherungsregelungen akzeptieren müssen. "

Erhöhte Kapital- und Investitionsmobilität

Es wird erwartet, dass die WWU den Investitionsfluss in Europa fördern wird.

Bisher streuten Fondsverwalter ihre Risiken auf eine Vielfalt von Anlagen, insbesondere Kassa-, Immobilien- und Aktiengeschäfte; ein Teil der Investitionen wird auf ausländischen Märkten getätigt.

Zur Zeit entspricht die Versicherungswirtschaft in der EU Investitionen von rund 2'100 Milliarden ECU. Diese verteilen sich auf Wertpapiere (64%), Hypotheken (22%), Grundstücke und Gebäude (8%), Bankeinlagen (2%) und andere Anlagen (4%).

Nach Verwirklichung der WWU wird sich diese Situation wahrscheinlich verändern, wobei eine Erhöhung des allgemeinen Investitionsniveaus und der Mobilität der Anlagen im In- und Ausland zu erwarten ist.

Die Versicherungsgesellschaften, die mit einem verschärften Wettbewerb von Seiten inländischer und anderer europäischer Versicherer und auch von Seiten der Banken konfrontiert sind, werden ihre Kunden nur dann zurückhalten können, wenn es ihnen gelingt, ihre Investitionsrentabilität zu optimieren. Mit anderen Worten werden sie ihre Portfolios anpassen müssen und eine grössere Bereitschaft zur Mobilität im Bereich der Investitionen zeigen müssen, um maximale Gewinne zu erzielen. In der WWU werden die Investoren von Kursrisiken und Gebühren befreit. Dieser Umstand dürfte ebenfalls zu der Förderung der Kapitalmobilität beitragen, da sich die Fondsverwalter um höherverzinsliche Anlagen und eine bessere Kapitalrendite bemühen werden.

Der Europäische Versicherungsausschuss stellt in diesem Zusammenhang fest:

"Eine einheitliche europäische Währung wird eine optimale Ressourcenallokation erlauben, da die Kapitalbewegungen ausschliesslich durch die ökonomische Effizienz der teilnehmenden Länder motiviert werden.

Dieser Aspekt ist für die europäischen Versicherer von entscheidender Bedeutung, da sie nun ihre repräsentativen Vermögenswerte überall im Europäischen Wirtschaftsraum anlegen können. "

Das Privatsektor-Investitionsvolumen könnte sich somit erhöhen, wenn die WWU dem Privatversicherungsgewerbe Auftrieb gibt, so wie dies oben dargestellt wird, jedoch auch aufgrund der zu erwartenden Zunahme der Auslandsinvestitionen (d. h. nicht europäischen Investitionen) in Europa aufgrund des Anreizes des EURO als Reservewährung, die gegen den Dollar antreten kann, und aufgrund der erhöhten Investitionsmöglichkeiten, die sich aus der in Europa voranschreitenden Privatisierung ergeben.

Die Investitionsrentabilität wird dadurch zweifellos verbessert werden können, gleichzeitig wird man sich aber auch vermehrt kurzfristigen Investitionen zuwenden, was zu erhöhten Unruhen auf den Geld- und Wertpapiermärkten führen könnte.

Diese möglichen Entwicklungen werfen Fragen in bezug auf die Rechenschaftspflicht von Fondsmanagern auf sowie über ihre Aufgabe, langfristige, produktive Investitionen zur Gewährleistung von Wachstum und Beschäftigung zu tätigen, auf. Diese Fragen müssen unbedingt beantwortet werden; wenn dies nicht geschieht, könnten die heute beobachteten Praktiken, bei denen Fondsverwalter Ersparnisse von Arbeitnehmern für spekulative Anlagen (bisweilen auch im Ausland) einsetzen, eine stabile Produktion und Beschäftigung untergraben.

Kosten in Verbindung mit der Einführung des EURO in der Versicherungswirtschaft

Im Zusammenhang mit der Einführung des EURO werden in verschiedenen Bereichen in der Versicherungswirtschaft Kosten entstehen:

- Computerprogramme und -systeme werden verändert und angepasst werden müssen;
- alle numerischen Angaben in Versicherungsverträgen werden umgerechnet und neu denominiert werden müssen;
- die Öffentlichkeit muss entsprechend informiert werden;
- für die dreijährige Übergangszeit im Verlauf der 2. Phase müssen Systeme für eine doppelte Buchführung geschaffen werden;
- die Arbeitsaufgaben des Personals, das sich mit der Schaffung der einheitlichen Währung befasst, müssen neu gestaltet werden.

Der Europäische Versicherungsausschuss erklärt hierzu:

"Es erscheint durchaus plausibel, dass diese Veränderungen in den Unternehmen, die diese vornehmen, schliesslich zu Produktivitätsgewinnen und zu einem verbesserten Wettbewerb führen können, kurzfristig aber mit grossem Aufwand verbunden sein werden, die in bestimmten Fällen die gleichen Unternehmen im bezug auf ihre Konkurrenten in den anderen Teilen der Welt benachteiligen könnten. "

Über die zu erwartenden Kosten gibt es nur sehr wenige numerische Schätzungen. Die Association of British Insurers spricht von Schätzungen, die im Vereinigten Königreich und "im Ausland" gemacht wurden und den Aufwand mit rund 10% der jährlichen Lohnnebenkosten beziffern. Für das Vereinigte Königreich würde dies bedeuten, dass die Branche hier einen Betrag von rund 1 Milliarde £ einsetzen müsste. Die wichtigsten Bestandteile dieser Kosten sind die Veränderungen im Bereich der Informationstechnologie, der Personalschulung sowie des Neudrucks der Dokumente.

Wie im Banksektor muss man sich jedoch auch hier die Frage stellen, wer für diese Kosten aufkommen wird. Ein französischer Wirtschaftsführer erklärte im Zusammenhang mit den Kosten, die durch den EURO entstehen werden:

"Auch die Verbraucher werden zur Kasse gebeten. "

Entwicklung eines europäischen Versicherungsmarktes

Wie bereits im Zusammenhang mit dem Banksektor erwähnt, sollte die WWU günstige Voraussetzungen für die Entstehung eines europaweiten Versicherungsmarktes und für die langfristige Entwicklung von europäischen Versicherungsprodukten, namentlich im Leben-Bereich, schaffen. Allerdings werden vor allem aufgrund der unterschiedlichen Steuerpolitik bedeutende Hindernisse bestehen bleiben. Wenn jedoch nach der Einführung des EURO eine gewisse Steuerharmonisierung in Europa erreicht werden könnte, wären die Bedingungen für eine rasche Entwicklung des europäischen Marktes äusserst günstig.

Der Wettbewerb zwischen den Versicherungsgesellschaften wird sich zweifellos verschärfen, wodurch Prämien und Margen noch stärker unter Druck geraten werden.

Die gegenwärtigen Trends in bezug auf Fusionen, die Verbreitung von Televerkauf und Bancassurance werden sich in der WWU verstärken, da die Unternehmen zweifellos nach neuen Vertriebswegen suchen und auch weitere Kosteneinsparungen anstreben werden.

Zum jetzigen Zeitpunkt ist es sehr schwierig, die Auswirkungen der WWU auf die Beschäftigung in der Versicherungswirtschaft insgesamt zu beurteilen; diese werden massgeblich von der Beziehung zwischen den staatlichen und den privaten Versicherungssystemen abhängen. Wenn die WWU gemäss den Erwartungen tatsächlich zu einer Expansion der Privatversicherung führt, darf man mit günstigen Beschäftigungsaussichten in der Branche rechnen. Dabei muss aber berücksichtigt werden, dass der Prozess der internen Umstrukturierungen in den einzelnen Unternehmen, die sich auch auf die Beschäftigung auswirken, noch nicht abgeschlossen ist.